Dienstag, 1. August 1922. **Einzelnummer 30 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 170.**

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt . . 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273. 3110 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 80.—M. Reklameteil 240.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 6.00 M. im Reklameteil 18.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Europäische Rundschau.

I. Frankreich. Deutschland.

Das Reparationsproblem ist und bleibt der Angelpunkt der europäischen Lage. Seine Lösung im Sinne der wirtschaftlichen Notwendigkeiten könnte allein die europäischen Verwickelungen und überhaupt die Weltkrise zu einem günstigen Ausgang führen. Wie schon öfters gesagt, ist allein Frankreich imstande, das erlösende Wort zu sprechen und damit in eine vom gegenseitigen Mißtrauen erfüllte Welt Ruhe, Frieden und Vertrauen zu bringen.

Alles schaut auf Herrn Poincaré und lauscht seinen Kundgebungen. Augenblicklich hüllt Poincaré seine Absichten in das tiefste Geheimnis. Wird er aus den Ereignissen der letzten Monate eine Lehre ziehen? Der Senator Francois-Albert rief ihm die mahnenden Worte zu: „Sie, Herr Ministerpräsident, können besser als irgend ein anderer dem französischen Volk die volle Wahrheit sagen. Ihre glühende Vaterlandsliebe kann ebenso wenig bezweifelt werden wie Ihre politische Einsicht. Sprechen Sie das Wort, das die ganze Welt von Ihnen erwartet! Geben Sie Europa den Frieden!" Immer lauter werden in Frankreich die Stimmen, die dem „großen Lothringer" zurufen, daß es weiser sei, einiges von den Rechten Frankreichs zu opfern als Frankreich selbst. Ob Herr Poincaré auf die Stimmen eher hören wird, als auf die hetzenden Rufe der Herren Daudet, Pertinax und Tardieu, weiß in „dieser Stunde noch niemand. Die Erinnerung an das bisherige Wirken des Herrn Poincaré und die Erfahrungen, die sowohl Deutschland als auch seine Verbündeten bisher mit ihm gemacht haben, spricht dafür, daß er auch diesmal unversöhnlich bleiben wird. Die Hoffnung, daß aus dem „großen Lothringer" jemals ein großer Europäer werde, dürfte auch diesmal trügen. Daß dann aber schwere Komplikationen zu erwarten sind, ist klar.

Freilich, die Verhältnisse in Deutschland können Frankreich nur ermutigen und in seiner rücksichtslosen Politik gegen Deutschland bestärken. Nach der Ermordung Rathenaus hatte sich eine gewisse Massenpsychose weiter Kreise des deutschen Volkes bemächtigt. Der Mord wurde von den Parteien der Linken und zum Teil auch von der Regierung, deren sich im ersten Augenblick ein panischer Schrecken bemächtigt hatte, in einer Weise gegen die Rechte ausgenutzt, die notwendig zu einer Reaktion des national empfindenden Bürgertums führen mußte. Eine Zeitlang schien die Auflösung des Reichstages zu drohen. Ein Wahlkampf hätte gegenwärtig jedenfalls gefährliche Formen angenommen. Es wäre möglich gewesen, daß links-radikale Elemente die Erregung der Massen und den gegen die Rechtsparteien sich richtenden Unwillen benutzt hätten, um ihrerseits die Verfassung zu stürzen und eine Rätediktatur aufzurichten. Damit wäre in Deutschland das Chaos dagewesen. Begünstigt wurde eine solche Entwicklung dadurch, daß gleichzeitig die Mehrheits-Sozialdemokratie einen Ruck nach links machte und unter Führung ihrer radikalsten Elemente den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung verlangten, mit denen sie sogar sich zu vereinigen plante. So drohte Deutschland eine ausgesprochene Linksregierung. Nur durch die geschickte Taktik der deutschen Volkspartei unter Stresemann wurde diese Entwicklung verhindert. Er bemühte sich nach dem Morde sofort, eine Brücke zum Zentrum und zu den Demokraten zu schlagen und die deutsche Volkspartei bekannte sich zum ersten Male offiziell zum republikanischen Gedanken. So war es möglich, daß das Gleichgewicht der Kräfte einigermaßen erhalten blieb. Der Eintritt der Unabhängigen in die Regierung wurde ad kalendas graecas vertagt.

Sobald jedoch das Gesetz zum Schutze der Republik eingebracht und der Reichstag in die Ferien gegangen war, zog von neuem eine drohende Wetterwolke am politischen Horizont Deutschlands empor. Es war dies der Widerstand Bayerns gegen das Schutzgesetz. Zwar bekennt sich Bayern zur Reichstreue, von der es erst vor kurzem bei den Gerichtsverhandlungen über den Hochverräter Leoprechting einen deutlichen Beweis gegeben hat. Aber Bayern glaubt, daß seine Selbständigkeit angetastet werden soll, und daß das neue Gesetz den demokratischen Geist verletze. Selbst innerhalb Bayerns besteht eine starke Opposition gegen die Haltung der Münchener Regierung. Der in Nürnberg erscheinende „Fränkische Kurier" urteilt folgendermaßen über die bayerische Politik: „Der Weg, den man wählte, verläßt den verfassungsmäßigen Boden, und Bayern hat sich mit seinem Vorgehen selbst ins Unrecht gesetzt. Es hat damit eine starke Waffe aus der Hand gegeben. Es hat sich die Mithilfe aller jener wahrhaft demokratisch Denkenden und Fühlenden verscherzt, die ihm im Kampfe gegen die dem demokratischen Gedanken widersprechenden Gesetze zur Seite standen." Daß die neuen Gesetze tatsächlich zu weit gehen, dürfte wohl jedem klar und nüchtern Urteilenden klar sein. Das Gegenstück zu Bayern stellt Thüringen dar. Während in Bayern die Mehrheit der Bevölkerung monarchistisch gesinnt ist, hat in Thüringen der Kommunismus seinen Hauptsitz. So hat denn auch das Thüringer Ministerium für Volksbildung einen sehr strengen Erlaß an die Studierenden und Hochschullehrer der thüringischen Universiätt Jena gerichtet, der allen Lehrern, Studierenden und Angestellten der Universität verbietet, Abzeichen der verbotenen Vereinigungen (die zum Teil ganz einwaudfrei sind), schwarz-weiß-rote, monarchistische oder ähnliche Abzeichen (Hakenkreuz) zu tragen, sowie an Versammlungen, Umzügen oder Kundgebungen solcher Vereinigungen teilzunehmen. Dies ist eine Verordnung, welche entschieden die individuelle Freiheit gerade der Intelligenz in unzulässiger Weise antastet.

Zum Unglück für Deutschland hat die Sorge um den Schutz der Republik und der Zwist mit Bayern das allgemeine Interesse in einer Weise in Anspruch genommen, daß für die Führung der äußeren Politik und für die Abwehr gegenüber den französischen Machenschaften nicht die nötige Aufmerksamkeit vorhanden war. Frankreich hat sich diesen Moment zu Nutze gemacht. Es hat sich bei der bayrischen Regierung darüber beschwert, daß der Prozeß Leoprechting öffentlich geführt wurde und der französische Gesandte in diese öffentliche Verhandlung hineingezogen wurde. Bayern hat sich hierauf sofort an die Reichsregierung gewandt und bei dieser Schritte verlangt, welche zur Abberufung des französischen Gesandten in München, des Herrn Dard, führen sollen. Immer unverhüllter treibt Frankreich seine Zertrümmerungspolitik. Im Rheinlande wird eine große Agitation für die Autonomie und militärische Neutralisierung der Rheinlande, d. h. ihre Einbeziehung in die französische Machtsphäre betrieben. Mit Ruderregatten, Sport- und ähnlichen Festen versucht man die Bevölkerung zu ködern. Trotz der schweren Belastung der Rheinländer durch die ganz zwecklose Besetzung und durch die Übergriffe der Besatzungstruppen, insbesondere der farbigen, wagte es der französische Generalkonsul Brué, in Mainz in einer Rede zum Nationalfest am 14. Juli zu behaupten, daß der Sieg Frankreichs für seine Gegner von gestern nicht Unterdrückung, sondern Befreiung bringe. Kein Werk gereiche Frankreich zu größerer Ehre als das Werk des französischen Oberkommissars und des kommandierenden Generals der französischen Armee im Rheinlande. Ja, die Franzosen sind groß in schönklingenden, aber verlogenen Phrasen. Die Roheit der Soldaten und zwar nicht nur der schwarzen, sondern auch der weißen Franzosen gegen die friedliche Bevölkerung übersteigen nach gut verbürgten Nachrichten aus Süd- und Westdeutschland an vielen Orten das Maß des Erträglichen. Selbst die kath. Religion wird von diesen angeblichen Vertretern der Kultur in der gröbsten Weise verspottet. Dies sah man in St. Goar am Fronleichnamstage, wo 50 französische Pioniere die Prozession in der unverschämtesten Weise belästigten, die heilige Handlung durch rohen Lärm störten und selbst vor dem Priester im vollen Ornat ihre Mißachtung bezeugten. Auf welcher niedrigen Stufe die Mehrzahl dieser angeblichen Vertreter einer höheren Zivilisation steht, zeigte sich auch beim Abzug aus Oberschlesien, wo das französische Militär aus den Transportzügen blindlings ins Land hinausschoß und harmlose Zivilisten tötete und verwundete. Bei der Abfahrt aus Gleiwitz wurde sogar auf einen Leichenzug geschossen, so daß der Geistliche und die Leidtragenden fliehen mußten. Die kleine Stadt Peiskretscham wurde 3 Stunden lang vor dem Abzug mit Revolverkanonen beschossen, wobei das Haus eines Fabrikanten vollständig zerstört und 6 Menschen getötet wurden. Derartige Ausschreitungen strafen das selbstgefällige Geschwätz von einer angeblich höhere Kulturstufe Lügen.

Wenn wohl auch die meisten ernsthaften Politiker in Frankreich es einsehen, daß man Deutschland

Endlich Beendigung der Dauerkrise.

Nowak Kandidat für den Ministerpräsidentenposten.

Nachdem die neuen Mehrheitsparteien in der Sonnabendsitzung des Hauptausschusses mit einer Stimmenmehrheit von 20 Stimmen einen Antrag durchgebracht hatten, der die Initiative der Kabinettsbildung wieder in die Hände des Staatspräsidenten legt, hat der Staatspräsident am Sonnabend gegen ½8 Uhr dem Sejmmarschall ein Schreiben übermittelt, in dem er den Rektor der Jagiellonischen Universität in Krakau, Prof. Dr. Juliusz Nowak als neuen Ministerpräsidenten vorstellt. Gleich nach Empfang dieses Schreibens berief der Sejmmarschall eine Sitzung des Hauptausschusses ein, die von kurzer Dauer war. Nach kurzer Diskussion über den Vorschlag des Staatspräsidenten schritt man zur Abstimmung. Für die Kandidatur Prof. Nowaks erklärten sich die Polnische Volkspartei, die Sozialisten, die Nationale Arbeiterpartei, die Wyzwolenie-Gruppe, die Stapiński-Gruppe, die Bürgerliche Vereinigung, der Klub für Verfassungsarbeit, die Jüdische Vereinigung, die Katholische Volkspartei, die Volksräte, die Śliwiński-Gruppe und die Deutschen. Zusammen 240 Stimmen. Die Bürgerliche Vereinigung und die Katholische Volkspartei hatten bei der Abstimmung über den Antrag, der die Initiative der Kabinettsbildung dem Staatspräsidenten übergibt, gegen den Antrag gestimmt. Gegen Nowak erklärten sich der Nationale Volksverband, die Nationale Volksvereinigung, die Dubanowicz-Gruppe, die Christlichdemokraten und die unabhängige nationale Arbeitsgruppe. Zusammen 184 Stimmen. Gleich nach der Sitzung übersandte der Sejmmarschall dem Staatspräsidenten folgendes Schreiben: „Auf das Schreiben des Herrn Staatspräsidenten vom 29. Juli d. Js. bezüglich der Kandidatur von Dr. Juljusz Ignacy Nowak auf den Ministerpräsidentenposten gebe ich zur Kenntnis, daß der Hauptausschuß des Verfassunggebenden Sejm in der heutigen Sitzung mit einer Mehrheit von 240 zu 184 der repräsentierten Stimmen sich für die obengenannte Kandidatur erklärt hat." **Darauf erhielt Nowak vom Staatspräsidenten folgendes Schreiben: „Ich betraue Sie mit der Neubildung des Kabinetts.**

Die mutmaßliche Zusammensetzung des Kabinetts Nowak.

Nowak: Ministerpräsident, Kamieński: Inneres, Narutowicz: Äußeres, Jastrzębski: Finanzen, Sosnkowski: Kriegsminister, Darowski: Arbeitsminister, Chodźko: Gesundheitsminister, Ossowski: Handel und Industrie, Marynowski: Eisenbahnen, Prof. Kętrzyński: Kultusminister, Dobrowolski: Post.

Die Sonnabendsitzung des Hauptausschusses

Der Sejmmarschall: Der Hauptausschuß ist auf Antrag der Mehrheitsparteien einberufen worden. Als erster hat diesen Antrag der Abg. Rataj unterzeichnet. Ihm erteile ich das Wort:

Abg. Rataj verliest folgenden Antrag: **Da die Mission der Kabinettsbildung durch Korfanty zu keinem Ergebnis geführt hat, hebt der Hauptausschuß seinen Beschluß auf, der den Abg. Korfanty zum Ministerpräsidenten designiert, und wendet sich an den Staatspräsidenten, die Initiative der Kabinettsbildung zu übernehmen.**

Abg. Marjan Seyda gibt im Namen des Nationalen Volksverbandes, der Nationalen Volksvereinigung, der Nationalchristlichen Volkspartei, der Christlichnationalen Arbeitspartei und einer Gruppe der Nationalen Arbeiterpartei folgende Erklärung ab: Wir bleiben grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß der Staatspräsident die konstitutionelle Pflicht hatte, die Kabinettsliste des Abg. Wojciech Korfanty, der durch den Hauptausschuß zum Ministerpräsidenten designiert worden war, zu unterzeichnen. Wir waren und sind der Überzeugung, daß der Sejm das Verhalten des Staatspräsidenten, der sich der Erfüllung seiner konstitutionellen Pflicht entzogen hat, nicht legalisieren kann und sich dem verfassungswidrigen Akt des Staatspräsidenten nicht beugen kann. Auf die Parteien, die den Antrag, der dem Staatspräsidenten die Erteilung eines Mißtrauensvotums beantragt, abgelehnt haben und jetzt die Reassumption (Aufhebung) des Beschlusses über die Designierung des Abg. Korfanty zum Ministerpräsidenten fordern, fällt die Verantwortung für das unrechtmäßige Handeln des Staatspräsidenten, das sie bemänteln. Unter diesen Umständen müssen wir uns der Reassumption des Beschlusses widersetzen.

Abg. Federowicz erklärt im Namen des Verfassungsklubs: Der Verfassungsklub ließ sich von der Überzeugung leiten, daß die seit vielen Wochen dauernde Regierungskrise dem Staate unermeßliche und nicht wieder gutzumachende Schäden verursache und man so schnell wie möglich die Krise liquidieren müsse. Deshalb hat er sich für die Designierung des Abg. Wojciech Korfanty zum Ministerpräsidenten erklärt. Er sah in ihm eine Person, auf die man im gegebenen Augenblick die größte Anzahl der Stimmen vereinigen konnte und die ihrer Naturanlage nach die von einem Regierungschef geforderten Qualifikationen besitzt. Von Anfang an haben wir jedoch deutlich und unzweifelhaft betont, daß die Notwendigkeit einer harmonischen Zusammenarbeit der Regierung mit dem Staatspräsidenten uns gebietet, das Einverständnis des Staatspräsidenten mit dieser Kandidatur zu fordern und dabei nur bis zu dem Augenblick verharren zu können, in dem sich infolge des Widerstandes des Staatspräsidenten die Regierungskrise in eine Staatspräsidentenkrise umwandeln könnte. Dem vom Hauptausschuß designierten Ministerpräsidenten ist es nicht gelungen, die Zustimmung des Staatspräsidenten zu erlangen. Angesichts dessen müssen als Folgerung unseres prinzipiellen Standpunktes, der eine sehr schnelle Erledigung der Krise ohne weitere die Existenz des Staates unterwühlende Erschütterungen und die unverzügliche Beseitigung des schädlichen Ausnahmezustandes anstrebt, in dem der Staat von einer Regierung regiert wird, welcher der Sejm sein Vertrauen versagt hat, den Gedanken an die Kandidatur des Abg. Wojciech Korfanty als Ministerpräsident aufgeben. Und da man schon von vielen Seiten den letzten Beschluß des Sejm, der auf Antrag der Rechtsparteien gefaßt worden ist, als Erklärung des vollen Sejm gegen diese Kandidatur versteht, so fordern wir, da wir eine unzweifelhaft klare Rechtslage beibehalten wollen, daß der Hauptausschuß erklärt, daß er angesichts des Widerstandes des Staatspräsidenten die Kandidatur des Abg. Korfanty nicht weiter aufrechterhält. Deshalb werden wir für den Antrag des Abg. Rataj stimmen.

Abg. Matakiewicz: Die Katholische Volkspartei unterstützt die Kandidatur des Abg. Korfanty zum Ministerpräsidenten der Republik Polen, bleibt bei ihr weiter und ist angesichts der [illegible]rung des Standpunktes des Verfassungsklubs bezüglich dieser Kandidatur und angesichts des Ergebnisses der Abstimmung im vollen Sejm über den Antrag, der dem Staatspräsidenten ein Mißtrauensvotum ausspricht, der Meinung, daß die Vertreter aller Sejmgruppen in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses von neuem erklären müßten, ob sie weiterhin Korfanty unterstützen, und erst dann, wenn seine Kandidatur gegenwärtig keine Mehrheit haben sollte, könnte der Hauptausschuß einen neuen Kandidaten auf den Ministerpräsidentenposten designieren. Die Katholische Volkspartei sieht eine möglichst schnelle Liquidierung der Dauerkrise, die für den Staat gefährlich und schädlich ist, da sie ihn unermeßlichen Verlusten aussetzt, für notwendig an.

Abg. Rosset: Im Namen der Bürgerlichen Vereinigung erkläre ich, daß wir gegen den Antrag stimmen werden.

Man schreitet zur Abstimmung. Für den Antrag erklären sich: die Polnische Volkspartei (90 Stimmen), die Sozialisten (34), die Nationale Arbeiterpartei (21), die Wyzwoleniegruppe (24), der Verfassungsklub (16), die Stapiński-Gruppe (10), die Juden (10), die Volksräte (5), die Śliwiński-Gruppe (5) und die Deutschen (7), zusammen 222 Stimmen. Gegen den Antrag erklären sich: der Nationale Volksverband (81 Stimmen), der Nationale Volksvereinigung (45), die Christlich-Nationale Arbeitspartei (26), die National-Christliche Volkspartei (26), die Bürgerliche Vereinigung (11), die Katholische Volkspartei (7) und die Unabhängige Nationale Arbeitergruppe (6), zusammen 202 Stimmen. Angesichts dieses Ergebnisses erklärt der Marschall, daß er den Staatspräsidenten unverzüglich von dem Resultat in Kenntnis setzen werde.

Abg. Rataj bittet, daß der Sejmmarschall die Abgeordneten benachrichtigen möge, falls noch auf heute (Sonnabend) eine Sitzung des Hauptausschusses einberufen werden sollte. (Zuruf: 6 Uhr.)

Erleichterungen gewähren muß, sucht man doch bei dieser Gelegenheit alles mögliche zu erraffen. Senator Brangier erklärt, man sei bereit zu einer wesentlichen Herabsetzung der deutschen Schuld, aber nur unter der Bedingung, daß das Deutsche Reich in die Staaten aufgelöst wird, aus denen es besteht, denn das bedeute den Frieden, und der Friede sei wohl einige Milliarden wert. Daß diese Hoffnung ganz und gar trügerisch ist, ist jedem Kenner Deutschlands klar. Durch den verlorenen Krieg, die gemeinsam erlebte Revolution, den gemeinsamen Übergang aller Staaten ohne Ausnahme zur Republik, den gemeinsamen Druck, unter dem alle nun schon während bald 4 „Friedensjahren" stehen, ist die Einheit Deutschlands gefestigt und gehärtet worden. Bismarcks Werk ist allem Anschein nach für die Dauer gebaut. Immerhin hat die **Rheinpolitik** Frankreichs, scheinbar gewisse Erfolge zu verzeichnen. Smeets, der rheinische Leoprechting, der allerdings unter dem Schutze der französchen Waffen den Vorteil hat, ganz offen auftreten zu können, ist bereits in Aachen zum Präsidenten der „freien rheinischen Republik" gewählt. Auf dieser Versammlung verlas ein Franzose eine Erklärung in deutscher Sprache, welche Smeets die Unterstützung Frankreich zusichert. Das französische Geld wirkt zwar viel, aber nicht alles, nur vereinzelte minderwertige Charaktere lassen sich kaufen. Die große Mehrheit hat nur während der Besetzung keine Möglichkeit zur nachdrücklichen Meinungsäußerung. „Echo de Paris" allerdings meint, die Zeit arbeite gegen die Einheit des Reiches. Im Anschluß daran warnt das Blatt die Regiernng, im Falle einer revolutionären Erhebung in Deutschland einzumarschieren, jede fremde Einmischung würde die deutschen Staaten enger zusammenschließen. Bei derartigen Phantasien ist natürlich der Wunsch der Vater des Gedankens. Wenn die Rheinlande warten, bis die harte Zeit der Besetzung vorüber ist, so wird schon Deutschland freiwillig die Volksabstimmung über die Autonomie gewähren, wie es jetzt mit Deutsch-Oberschlesien der Fall ist.

Frankreich ist unbelehrbar. Deutschland trägt nun einmal die alleinige Schuld am Kriege, den es den Alliierten aufgezwungen hat. Daß Poincaré und mit ihm Frankreich nur auf diesen Augenblick warteten, den sie mit jahrelanger geduldiger und geschickter politischer Arbeit selbst hatten herbeiführen helfen und den sie herbeisehnten, das wird verschwiegen. Der mutige und offene Angriff, den die Kommunisten in der Kammer gegen Poincaré richteten, indem sie die Heuchlermaske des unschuldigen Friedenslammes ihm vom Gesicht rissen, ist spurlos vorübergegangen. Mit Hilfe Vivianis wurde der Angriff durch ein Feuerwerk schöner und patriotisch klingender Phrasen abgewehrt. Poincarés Stellung ist fest wie bisher. Augenblicklich schwebt er in Attentatsfurcht. Frankreich ist angeblich von einer befreundeten Macht gewarnt worden, daß deutsche monarchistische Elemente einen Anschlag auf seinen Premier beabsichtigen. Ein Wunder wäre es nicht, wenn diese Desperado-Elemente, nachdem sie bisher stets nur Angehörige des eigenen Volkes getroffen haben, sich einmal gegen einen Hauptschuldigen des deutschen Niedergangs wenden würden. Natürlich würden die Folgen eines solchen sinnlosen Unternehmens für Deutschland verderblich sein.

Wie soll man **Poincaré** beurteilen? Das Mailänder Witzblatt „Asino" brachte neulich ein Bild: der Friedensengel auf einem Esel reitend, dem die Vorderbeine gefesselt sind. Das Hinterteil des Esels belastet ein Franzose in Marschallsuniform, der Herrn Poincaré aufs Haar gleicht. Darunter steht der ironische Satz: „Der kommt nie vorwärts, solange man seine Hemmungen nicht beseitigt." Im französischen Blatt „Oeuvre" wird dies Bild von Gustave Féry wiedergegeben. Aber die Persönlichkeit Poincarés ist nur das Symbol der Grundrichtung der französischen Gesellschaft, die von unveränderlichem Übelwollen gegen Deutschland erfüllt ist. Ein dreifaches Rätsel gibt diese Haltung uns auf.

Erstens fragen wir: **Weshalb ist Poincaré so unversöhnlich und setzt so fortwährend den Weltfrieden auf Spiel?**

Zweitens: **Woher rührt der Haß und das beständige Übelwollen der französischen Gesellschaft und des Bürgertums gegen Deutschland?**

Drittens: **Warum hat die Opposition des Sozialismus und der Arbeiter gegen diese imperialistische und militaristische Politik nicht mehr Erfolg und weshalb sind es einzig und allein die Kommunisten, welche Poincaré einmal die Wahrheit sagen?**

Die Beantwortung dieser drei Fragen werden wir im nächsten Abschnitt der „Europäischen Rundschau" versuchen.

(Nachdruck untersagt.)

Die bayrische Krise.

Ein Brief Eberts an Lerchenfeld.

München, 28. Juli. Heute vormittag gegen 11 Uhr hat der Reichsvertreter in Bayern, Graf Zech, dem bayerischen Ministerpräsidenten, Grafen Lerchenfeld, folgendes, vom 27. Juli datiertes Schreiben des Reichspräsidenten übergeben:

Hochverehrter Herr Ministerpräsident! Die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung gegenüber dem Gesetze zum Schutze der Republik erfüllt mich mit ernster Sorge und zwingt mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die von der bayerischen Regierung zu diesem Gesetz erlassene Verordnung steht nach meiner und der Reichsregierung Auffassung und Überzeugung im Widerspruch mit der Reichsverfassung. Sie stellt eine schwere Störung der deutschen Reichseinheit dar, die bei ähnlichen Schritten auch anderer Länder den Bestand des Reiches gefährden müßte. Aus meiner Aufgabe als Hüter der Reichsverfassung und des Reichsgedankens erwächst mir daher die Pflicht, gemäß Artikel 48 der Reichsverfaussng auf die Aufhebung der bayerischen Verordnung hinzuwirken.

Ich möchte mich zu diesem, mir durch die Verfassung gewiesenen Schritt erst dann entschließen, wenn ich die Überzeugung gewinne, daß auch die letzten Mittel zu einer Verständigung über eine schnelle Beilegung des Konfliktes erschöpft sind. Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Interesse unseres deutschen Volkes und Landes, das uns beiden gleichermaßen am Herzen liegt, nochmals in Erwägungen einzutreten, ob es nicht möglich erscheint, Ihnen und mir diesen so unerwünschten Schritt zu ersparen.

Ich benutze die Gelegenheit, um gegenüber den in Bayern aufgetauchten Befürchtungen mit allem Nachdruck zu betonen, daß die Auffassung durchaus irrig ist, in dem Gesetze werde die systematische Beseitigung der bayerischen Hoheitsrechte eingeleitet. Die aus der schwersten Not der Gegenwart geborenen und nur für einen gewissen Zeitraum geltenden Bestimmungen sind Lebensnotwendigkeiten unseres bedrohten staatlichen Daseins; sie sollen und können aber in ihrem Vollzug in keiner Weise den staatlichen Charakter der einzelnen Länder beeinträchtigen, der — in der Reichsverfassung fest begründet — gerade die Stärke des Reiches darstellt und dessen Wahrung während der Dauer meiner Amtsführung ich mir zur besonderen Aufgabe gemacht habe.

Zur beschleunigten Klärung der innen- und außenpolitischen, gleichermaßen gefährdeten Lage und angesichts der mir aus der Reichsverfassung obliegenden Verpflichtung darf ich mir die Bitte erlauben, mir in tunlichster Bälde Ihre Antwort zugehen zu lassen.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigsten Hochschätzung

Ihr ergebener (gez.) Ebert.

Die Stellungnahme Bayerns zum Brief des Reichspräsidenten.

Die Bayerische Volkspartei hielt heute, Freitag nachmittag, eine Vorstandssitzung ab. Diese wurde indes nach kurzer Beratung abgebrochen und die weitere Beratung auf zwei Tage verschoben. Die Frage der Koalitionserweiterung ist zunächst in den Hintergrund getreten und über unverbindliche Vorbesprechungen mit der Mittelpartei noch nicht hinausgelangt.

Laut „Bayerischer Staatszeitung" dürften der Ministerrat und die Parteien voraussichtlich erst anfangs dieser Woche zu dem Brief des Reichspräsidenten Stellung nehmen.

Der Widerhall des Briefes des Reichspräsidenten an den bayerischen Ministerpräsidenten in der Münchener Presse ist im allgemeinen freundlich. Selbst die ganz rechts stehende „München-Augsburger Abendzeitung" erkennt an, daß der Ton des Schreibens maßvoll und besonnen sei. Der Standpunkt des Reichspräsidenten sei allerdings staats- und verfassungsrechtlich völlig unhaltbar.

Der „Bayerische Kurier" meint, in der Reichsregierung scheine sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß die schwere Krise nur auf dem Wege gütlicher Verständigung lösbar sei. Mit den politischen Tatsachen seien die persönlichen Überzeugungen des Reichspräsidenten, die ebenso wie seine auf Verständigung eingestellten Bemühungen durchaus anerkannt würden, in keiner Weise zu vereinbaren. Trotzdem Ebert bei seinem Münchener Aufenthalt die Bundesstaatlichkeit betonte, habe er das Schutzgesetz nicht hindern können. Seine jetzige Versicherung allein könne also Bayern keine ausreichende Gewähr dafür bieten, daß nicht das eintrete, was der Reichspräsident selbst nicht wünsche. Es bedarf vielmehr anderer Garantien. Die Tatsache, daß sich der Reichspräsident zur Übermittelung des Briefes des Grafen Zech bedient habe, wirke unbedingt als bewußte und beabsichtigte Außerachtlassung aller Rücksichten, die die Reichsregierung der bayerischen Regierung und dem bayerischen Volke schulde.

Der Staatsrechtslehrer der Münchener Universität Dr. Karl Rothenbücher wies in einem öffentlichen Vortrag nach, daß die bayerische Verordnung staatsrechtlich ungültig ist und in ihren letzten Konsequenzen zur Auflösung des Reiches führen muß. Zum Schlusse sagt Rothenbücher: **„Mit der Ablehnung des positiven, geltenden Rechts unter Berufung auf ein nichtgeschriebenes höheres Recht beginnen Revolutionen."**

Das Urteil in den anderen deutschen „Ländern."

Die Staatspräsidenten von Württemberg, Baden und Hessen sind am Freitag in Bruchsal zu einer Beratung über die durch die Verordnung der bayerischen Regierung vom 24. Juli 1922 geschaffene Lage zusammengetroffen. Sie gelangten zu einer übereinstimmenden Beurteilung der Situation und werden zunächst ihren Kabinetten Bericht erstatten.

Sehr scharf urteilt über Bayern die badische und württembergische Presse. Nach Auffassung des „Badischen Beobachters" werde das bayerische Verhalten zu Verhältnissen führen, die das Reich in Trümmer schlügen. Das Blatt weist darauf hin, daß die Deutschnationalen in München, die alle Hebel in Bewegung setzen, um die Stimmung in Bayern gegen das Reich aufzureizen, von den Blättern der Berliner Deutschnationalen und ehemaligen Konservativen unterstützt werden, die früher die Bayern auf das gröblichste anfuhren wenn sie ihre politische und kulturelle Eigenart gewahrt wissen wollten.

Der „Schwäbische Merkur" sieht in der Verordnung der bayerischen Regierung eine offene Auflehnung gegen die verfassungsmäßige Zuständigkeit der Reichsregierung, die trotz der Erklärung der Reichstreue aus München zu den allerbedenklichsten Konsequenzen führen könne. Das Blatt hofft, daß sowohl in München wie in Berlin das Äußerste von Takt und Behutsamkeit aufgewendet werde, um eine versöhnliche Lösung herbeizuführen.

Wirkung des bayerischen Konflikts auf Oesterreich.

Der Konflikt zwischen der Reichsregierung und Bayern wirkt sehr stark auf Österreich zurück. Er hat die gesamte innerpolitische Krise zurückgedrängt. Man befürchtet in politischen Kreisen, daß eine Lossagung Bayerns auch die Gefahr einer Spaltung in Österreich einschließt. Es sei nicht ausgeschlossen, daß der Versuch unternommen werde, Tirol und vielleicht auch andere Länder von Österreich abzutrennen und Bayern anzuschließen.

Die Reparationsfrage.

Die Londoner Konferenz weiter hinausgeschoben.

London, 28. Juli. Im „Foreign Office" rechnet man damit, daß der Besuch Poincarés etwa zwei Wochen hinausgeschoben wird als Folge von Lloyd Georges Versuch, die Konferenz so umfangreich wie nur möglich zu gestalten. Da er nach wie vor Wert darauf legt, daß Italien auf der Konferenz vertreten ist, gilt die Verschiebung als unvermeidlich.

Paris, 28. Juli. An amtlicher französischer Stelle wurde heute abend erklärt, daß eine Zusammenkunft Poincarés mit Lloyd George für die nächste Zeit nicht bevorsteht, sondern daß eine Verschiebung der Londoner Unterhaltungen auf einen ziemlich entfernten Zeitpunkt jetzt für sicher gelten kann. Poincaré reist heute abend zu kurzem Aufenthalt in seine Besitzung Sampigny bei St. Mihiel. Er wird sich von dort am Sonnabend nach den Argonnen begeben, um der Einweihung eines Kriegerdenkmals beizuwohnen.

Schroffer Wortlaut der Note über die Privat-Reparationen.

Berlin, 28. Juli. Die Veröffentlichung der Note, in der die französische Regierung das deutsche Moratoriumsgesuch wegen der Barzahlungen im Ausgleichsverfahren beantwortet, ist jetzt erfolgt. In dieser Antwort werden die deutschen Anträge in ungewöhnlich schroffer Form abgelehnt. Die französische Regierung stellt für den Fall der Nichtzahlung der Monatsraten die Kündigung des Abkommens vom 26. Juni 1921 in Aussicht. Eine solche Kündigung hat nach französischer Ansicht auch die Aufhebung der späteren Vereinbarungen über die Abdeckung der Ansprüche aus Artikel 297e zur Folge, ferner das Verbot an die französischen Ausgleichsämter, solche Forderungen anzuerkennen und das Verlangen der striktesten Durchführung des Friedensvertrages. Außerdem würde nach der Note auch das Reichsausgleichsgesetz aufgehoben werden, in dem die deutsche Regierung zugunsten der deutschen Schuldner weit über die Verrechnungen aus dem

Die Erben von Senkenberg.

Kriminal-Roman von **Erich Ebenstein**.

(56. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Als Prosper am nächsten Tage kam, war er auffallend blaß und zerstreut. Und den ersten Moment, den er mit Melitta allein blieb, sagte er, sie ruhig ansehend: „Hatten Sie gestern einen bestimmten Grund, etwas für mich zu fürchten, Fräulein Melitta?"

„Nein ... es schien mir nur so unheimlich finster draußen, als Sie fortgingen — —" log sie. „Warum fragen Sie?"

„Weil es mir jetzt merkwürdig vorkommt! Beinahe, als hätten Sie eine Ahnung gehabt. Es passierte mir nämlich wirklich ein Abenteuer — zum ersten Male im Leben —, das gottlob übrigens glimpflich abging!"

„Sie — hatten — ein Abenteuer!"

Melitta wurde blaß und sah ihn erschreckt an.

„Ja. Mir war schon hier, als ich Mauerberg verließ, einmal so, als hörte ich ein Geräusch hinter mir. Aber dann dachte ich, es sei Täuschung gewesen. Ich wollte Weg abschneiden, verließ die Landstraße und ging über Maguerrys Steinbruch — —"

„Ueber den — Steinbruch?!"

„Nun ja! Warum nicht! Was sehen Sie mich so entsetzt an! Er ist bedeutend kürzer, und ich gehe meist dort.

„Und gestern?"

„Ja — gestern warf sich dort in der Nähe plötzlich ein Mensch rückwärts auf mich — lautlos — mit Riesenkräften, wie ein Wilder, und wollte mich würgen! Zum Glück bin ich auch kein Schwächling und konnte mich befreien. Ein bißchen Schreck war schließlich alles —"

„Alles? O Gott! Wo Ihr Leben nur an einem Haare hing! Es ist entsetzlich! Wenn Lisa wüßte — —" rief Melitta aufgeregt.

„Lisa darf natürlich kein Wort davon erfahren. Bitte sagen Sie ihr ja nichts! Aber Ihnen wollte ich es doch erzählen. Was denken Sie darüber?"

Melitta schwieg.

Prosper fuhr grübelnd fort! „Ganz bestimmt ist mir der Mensch schon von hier gefolgt. Wer kann es gewesen sein? Ich zerbreche mir den Kopf darüber. Habe ich denn einen Feind?

„Ja," wollte Melitta rufen, aber die Zunge lag ihr wie augeklebt am Gaumen. Dann besann sie sich und sagte anscheinend ruhig: „Sie dürfen nie mehr nachts allein heimgehen. Wahrscheinlich wollte man Sie berauben. Am Steinbruch wohnt, wie ich neulich sah, ein Mensch, der nicht aus dieser Gegend ist. Vielleicht —"

„O, Sie meinen den alten Kropfjodl?" Er lachte. „Nein, der war es sicher nicht! Der arme Alte kann ja kaum kriechen mit seinen lahmen Beinen. Außerdem halte ich gute Freundschaft mit ihm — so oft ich dort vorübergehe, bekommt er seinen Sechser für Tabak. Es ist ein ganz harmloser Halbkretin. Der Mensch, der mich anfiel, war groß, mager und von seltener Muskelkraft."

„Werden Sie eine Anzeige machen?"

„Nein! Es würde nur Lisa beunruhigen. Eines aber werde ich tun: Nie mehr ohne geladenen Revolver ausgehen!"

Melitta blickte unruhig vor sich hin. Sie erinnerte sich, daß Silas Hempel ihr mitgeteilt hatte, wie man auch Felix Eisler einst versucht hatte, im Dunkel der Nacht zu ermorden.

Warum **ihn**? Er konnte doch Herrn von Lavandal nicht im Wege stehen wie Prosper?

Ach, es war alles so dunkel und rätselhaft! — —

„In Senkenberg schlief wohl alles schon, als Sie heimkehrten?" fragte sie plötzlich.

„Nein! In Onkels Zimmer brannte noch Licht, und Felix spielte im Wohnzimmer mit Tante Piquet. Der gute Kerl hat ihr den ganzen Abend geopfert! Ich glaube, sie fängt auch langsam an, ihn in Gnaden aufzunehmen."

Er spielte den ganzen Abend Karten mit der Tante, so! dachte Melitta. Und inzwischen „arbeitet" sein Helfershelfer wieder für ihn.

Dann dachte sie leidenschaftlich: Zehn Jahre meines Lebens gäbe ich hin, wenn ich wüßte, wer dieser furchtbare Mensch ist!

„Sie sagen ja gar nichts, Fräulein Melitta? Hat Sie die Geschichte so angegriffen."

„Ja, sehr! Und ich werde keine Ruhe haben, ehe —"

„Ehe was?"

„Ach nichts! Uebrigens, da höre ich Lisa. Es ist wirklich besser, Sie sagen ihr nichts davon."

„Natürlich! Später einmal will ich es ihr dann erzählen — —"

Er brach ab, denn Lisa trat ein.

„Was habt Ihr da für Geheimnisse vor mir?" fragte sie munter. „Warum seid Ihr plötzlich still?"

„Bist Du so neugierig, Fairy-queen?"

„Ganz schrecklich! Also was ist?"

„Nun, dann höre und staune: Onkel Joachim, ganz von Deinen Reizen bezwungen, läßt Euch für übermorgen zu Tisch laden. Maguerrys und noch ein paar Nachbarn sind auch geladen. Er will sein Unrecht gut machen und höchst persönlich unsere Verlobung kundtun."

„I der tausend! Das ist freilich eine riesengroße Neuigkeit! Der „grimme Drache" als Gastgeber! Wie lieb und nett von ihm!"

„Ich glaube, es ist seit mehr als zwanzig Jahren das erste Mal, daß Gäste nach Senkenberg geladen werden. Du kannst Dir wirklich etwas einbilden, Kleinchen."

„Tue ich auch! Komm, das müssen wir gleich Mama sagen! Und dann hilf mir, sie bitten, daß ich das weiße, neue Spitzenkleid anziehen darf dazu.. Es steht mir entzückend —"

(Fortsetzung folgt.)

Friedensvertrage hinausgegangen sei. Für den Fall der Aufhebung des Gesetzes will die französische Regierung **Listen der deutschen Schuldner an alle alliierten Länder** veröffentlichen, die sich dem Reichsausgleichsamt gegenüber zur Zahlung des Tageskurses bei der Abrechnung außerstande erklärten. Dadurch soll ein Druck auf die deutschen Schuldner ausgeübt werden.

Die Note verlangt **binnen einer Frist von zehn Tagen** eine Erklärung der deutschen Regierung, daß das deutsche Ausgleichsamt künftig die Pauschalsumme von zwei Millionen Pfund zahlen wird, andernfalls gewisse, nicht näher bezeichnete Maßnahmen in Wirksamkeit treten sollen.

Die öffentliche Meinung Englands.

London, 30. Juli. **Lloyd George** sagte in einer Rede: **Rußland** ist in die Tiefe gesunken und sinkt bei seinen krampfhaften Anstrengungen immer tiefer. **Deutschland** klammert sich verzweifelt an den verdorrten Ast seines entwerteten Geldes. Wenn dieser Ast bricht, bleibt nur übrig, Deutschland der Gnade Gottes anzuempfehlen. Ich bin gerade wie andere in die Zahnräder des Krieges hineingezogen worden. Ich habe meine Pflicht getan, aber was ich vom Kriege gesehen habe, erfüllt mich mit Schrecken. Ich habe mir gelobt, das, was mir an Energie verbleibt, dem Ziele zu widmen, daß der Menschheit eine Wiederkehr des Frevels, des Schmerzes, der Schrecken und der Qual erspart bleibe.

London, 29. Juli. In der liberalen „**Westminster Gazette**" wird ausgeführt, der **Versailler Vertrag habe weder die Feuerprobe des Idealismus, noch des Realismus bestanden. Im Namen des gesunden Menschenverstandes verlangen alle praktischen Leute seine Revision, und wenn, wie Lloyd George gestern ausführte, der Kriegsgeist noch in Europa herrscht, so sei die Ursache hierzu zum großen Teil in den Bestimmungen dieses absurden Vertrages zu suchen.**

In den „**Times**" wird ausgeführt, Finanzpolitiker und Wirtschaftler seien der Ansicht, daß **im Augenblick nichts getan werden könne, um den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch Europas aufzuhalten.** Andere aber glauben, daß der Plan, der die Gesundung auf eine **internationale Anleihe** stützen will, noch nicht durchführbar sei. Einige der erfahrensten und weitsichtigsten englischen Staatsmänner und finanziellen Sachverständigen ihrerseits sind fest davon überzeugt, daß es noch möglich sei, Europa selbst ohne eine sofortige Anleihe zu retten, wenn die Mittel hierzu nur wirklich ernsthaft überwacht werden wollten. Es sei das das wichtigste Problem für die gesamten europäischen Staatsmänner.

Angebliche Attentatsabsichten auf Poincaré

Paris, 28. Juli. Die Abendblätter veröffentlichen, zum Teil in Fettdruck, die aufsehenerregende Nachricht, die französische Regierung sei davon in Kenntnis gesetzt worden, daß „in den deutschen monarchistischen Kreisen" ein **Attentat gegen Poincaré** vorbereitet sei. Der „Intransigeant" berichtet dazu, daß die französische Botschaft in Berlin von der deutschen Polizei von dem Attentatsplan unterrichtet worden sei.

Den französischen Pressevertretern wurde heute abend im Ministerium des Äußern erklärt, die Nachricht des „Intransigeant", die deutsche Polizei hätte die französische Botschaft in Berlin von dem Attentatsplan gegen Poincaré in Kenntnis gesetzt, sei nicht zutreffend; die französische Regierung sei vielmehr durch eine der verbündeten Regierungen von dem angeblichen Komplott unterrichtet worden. Die Einzelheiten, die zur Kenntnis der französischen Regierung gelangt seien, seien aber so präzis, daß man nicht einen Augenblick gezögert habe, die Angelegenheit zu veröffentlichen.

*

Zu der Pariser Meldung über ein angebliches Attentat deutscher Monarchisten gegen Poincaré **wird von zuständiger amtlicher Stelle in Berlin erklärt, daß die schwebende Untersuchung keine Anhaltspunkte für die Behauptungen der Pariser Presse ergeben haben. Von der deutschen Reichsregierung sei niemals eine Mitteilung über solche Pläne an den französischen Botschafter in Berlin gemacht worden.**

Paris, 29. Juli. Poincaré ist heute vormittag nach Champigny abgefahren. Über die Stunde seiner Abreise waren von amtlicher Seite falsche Nachrichten in Umlauf gesetzt worden, um etwaige Attentäter irrezuführen. Die Nachricht, daß der Ministerpräsident Montag abend wieder in Paris eintreffen wird, kann unter diesen Umständen nur mit Vorbehalt wiedergegeben werden.

Die „Liberté" veröffentlicht in sensationeller Aufmachung die Nachricht, daß sieben Mitglieder der Organisation C abgesandt worden sein sollen, um Poincaré in Frankreich oder auch in London zu töten. Sie sollen mit falschen Pässen über die Grenze gelangt sein. Das Gerücht begegnet hier erheblichen Zweifeln. Für die Verblödung der extremen nationalistischen Kreise ist es bezeichnend, daß einige Blätter sich nicht scheuen, zu schreiben, die deutschen Behörden würden sich wohl gehütet haben, die französische Regierung von einem etwa bekannten Attentatsplan gegen Poincaré in Kenntnis zu setzen.

Griechische Absichten auf Konstantinopel?

London, 29. Juli. Nach Meldungen aus Konstantinopel herrschen dort beunruhigende Gerüchte über einen bevorstehenden griechischen Handstreich auf Konstantinopel. Reuter bestätigt, daß die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf diese Gerüchte gelenkt wurde. Es sei indessen nicht ratsam, den Gerüchten allzu viel Glauben beizumessen, da die griechischen Truppen in einem solchen Falle höchstwahrscheinlich in bewaffneten Konflikt mit den in Konstantinopel befindlichen alliierten Streitkräften, d. h. Engländern und Franzosen, kommen würden.

Arbeitsausschuß für Oberschlesien.

Interlaken, 28. Juli. Das internationale Arbeitsamt setzte gestern die Beratung des Berichtes über die allgemeine Tätigkeit des Ausschusses fort und behandelte dann den deutsch-polnischen Vertrag. Vom Verwaltungsrat soll ein Arbeitsausschuß auf die Dauer von 15 Jahren eingesetzt werden, der aus 8 Mitgliedern, die von der deutschen und polnischen Regierung ernannt werden, gebildet wird. Zwei weitere Mitglieder bezeichnet der Verwaltungsrat, sowie schließlich einen neutralen Präsidenten. Der Verwaltungsrat beschloß, diese Aufgabe anzunehmen und beauftragte den Direktor, die beteiligten Regierungen sowie die gemischte Kommission zu benachrichtigen.

Freistaat Danzig.

Danzig protestiert gegen die hohen Besatzungskosten von 1920.

Danzig, 30. Juli. Von der Pressestelle des Senats wird mitgeteilt:

Der Freien Stadt Danzig ist bekanntlich die Verpflichtung auferlegt worden, neben den Kosten der alliierten Zivilverwaltung auch die Kosten für die militärische Besatzung Danzigs im Jahre 1920 durch alliierte Truppen zu tragen. Die Kosten für die militärische Besatzung betragen, wie bereits seinerzeit mitgeteilt, 227 775 Pfd. Sterling und 4 002 709 Franken. Das sind nach dem gegenwärtigen Kursstande 698 Millionen Mark (698 200 585 Mk.).

Gegen diese außerordentlich hohe Belastung, die Danzig nicht tragen kann, hat der Senat in seinen Noten vom 30. Dezember 1921 und 21. April d. Js. unter Darlegung der ungünstigen Finanzverhältnisse der Freien Stadt und der immer weiter fortschreitenden Belastung, die durch die Entwertung der deutschen Mark hervorgerufen wird, Einspruch erhoben. Die Botschafterkonferenz ist gebeten worden, die Danzig aufgebürdeten Lasten wesentlich zu erleichtern.

Es kann heute nun festgestellt werden, daß die Bemühungen des Senats anscheinend Erfolg gehabt haben. Die Botschafterkonferenz hat sich jetzt dahin geäußert, daß sie ihre Finanzkommission beauftragt hat, die Angelegenheit der Herabsetzung der Besatzungskosten der alliierten Mächte auf dem Gebiete der Freien Stadt zu untersuchen. Die Finanzkommission soll in kurzer Zeit ihre Vorschläge der Botschafterkonferenz vorlegen, so daß eine baldige Regelung dieser für die Freie Stadt lebenswichtigen Frage zu erhoffen ist.

Das Tragen ausländischer Uniformen in Danzig verboten.

Danzig, 30. Juli. Der Senat erließ eine Verordnung, die vom Senatspräsidenten Sahm und dem Senator Schümmer unterzeichnet ist, nach der das **Tragen ausländischer Militär- und Beamtenuniformen vom 1. September ab verboten** ist. Dem Verbote nicht unterworfen sind eine Anzahl Militärpersonen und Beamte, mit gewissen exterritorialen Rechten oder solche, die sich dienstlich in Danzig aufhalten.

Hierzu bemerkt die „Danziger Zeitung": **In allen Kulturstaaten ist das Tragen von Uniformen innerhalb der eigenen Landesgrenzen nur den Angehörigen der eigenen Waffenmacht gestattet. Es war daher ein Verstoß gegen die allgemein gültigen internationalen Gesetze, wenn sich im Gebiete der Freien Stadt Danzig namentlich Angehörige der polnischen Land- und Seemacht, in Uniform auf der Straße und im öffentlichen Leben völlig ungeniert bewegten. Es wäre z. B. völlig unmöglich, daß in einem englischen Hafen polnische Heeres- oder Marine-Angehörige, die dienstlich dort nichts zu suchen haben, die Straßen belebten.**

Bei der Anwesenheit von Kriegsschiffen, deren Anlaufen auf diplomatischem Wege mitgeteilt ist, liegt der Fall selbstverständlich anders. Aber auch dabei kam es oft vor, daß der Konsul der eigenen Macht dem betreffenden Kriegsschiffs-Kommandanten mitteilte, der fremden Regierung wäre es nicht angenehm, wenn sich die Offiziere und Mannschaften in Uniform an Land zeigten.

Deutsches Reich.

** **Bevorstehender Besuch des Reichspräsidenten in Kiel.** Reichspräsident Ebert wird am 4. September zum Besuche der am 3. September beginnenden **Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft** in Kiel erwartet und gedenkt, im Anschluß daran einer **Übung der Flotte** beizuwohnen.

** **Neue Münzen aus Aluminium.** Die Vorschläge für die Ausprägung von Ersatzmünzen im Nennbetrage von 1, 3 und 5 M. wurde gutgeheißen. Diese Münzen sollen aus einer Legierung von Aluminium mit 1 Prozent Kupfer bestehen. Zur Ausprägung sollen gelangen für 400 Millionen Mark Einmarkstücke, für 66 Millionen Mark Dreimarkstücke und für 800 Millionen Mark Fünfmarkstücke.

Aus der polnischen Presse.

Der „**Kurjer Poznański**" behandelt in seiner Sonntagsnummer „**die Politik des Herrn Piłsudski**" und führt folgendes aus:

Die Lage der Krise ist heute verworrener als sie jemals war und die einzig positive Tatsache, die sich ganz klar darstellt, ist die weitere Hinziehung des für den Staat unerhört schädlichen Zustandes. Die Nachrichten, die aus Warschau kommen, nennen immer neue Kombinationen und Vorschläge, die alle das eine gemeinsam haben, daß sie auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Alle Vorschläge stoßen auf Hindernisse von seiten Piłsudskis, dem es jetzt schon als zu wenig erscheint, eine Kompromißregierung der Linken und eines Teils des Zentrums zu bilden. Er hat also alle Kandidaturen, die von den erwähnten Parteien vorgeschlagen wurden, abgelehnt. So gelangte die schwankende Politik in ein volles Vakuum, aus dem es natürlich schwer ist, herauszugelangen. Immer sonderbarer sieht bei alledem das Verhalten Piłsudskis aus. Wenn es auf Wahreit beruht, was Warschauer Zeitungen erwähnen, daß er die gegenwärtige Zeit für das **eifrige Studium der mystischen Schriften Towiańskis** benutzt, dann würde das in gewissem Grade sein unklares Handeln verständlich machen, würde aber nicht vollständig aufklären, weshalb er seinerseits zum Ministerpräsidenten Leute vorschlägt, die entweder seine sklavischen Werkzeuge oder geradezu Figuren eines sehr dunklen Sterngebildes sind. Der „Kurjer" kommt dann auf den früheren Eisenbahnminister Bartel zu sprechen und sagt: Wir wissen es ganz sicher, daß während seiner Amtstätigkeit das ganze Netz unserer Eisenbahnen, die er vollkommen desorganisierte, sehr gefährlich zu knistern begann. Es ist ein sonderbarer Mystizismus, der dazu führt, solche Figuren vorzuschlagen. Deshalb konnten sich sogar die Vertreter des Verfassungsklubs nicht dazu entschließen, sie anzunehmen und unseren ohnehin nicht allzuklaren politischen Horizont zu verdunkeln. Piłsudski besteht darauf, daß ihm allein das Recht der Designierung des Ministerpräsidenten zusteht. Im Zusammenhang mit der Aktion der Linken, die den Sejmbeschluß vom 16. Juni umstößt, strebt er augenscheinlich hartnäckig danach, die Macht in seine Hände zu bekommen. Alle seine Kompromißerklärungen sind geradezu — milde gesprochen — falsch. Man erinnert sich hierbei von neuem seines bekannten Wortes: „Die Politik ist ein falsches Spiel." Für wen? — müßte man hinzufügen. Denn nicht die politische Intrige, selbst wenn sie noch so geschickt und gründlich geführt wird, ist der Maßstab der großen Politik, sondern gerade eine auf eine breite Basis gegründete Politik, trotzdem nüchtern und real, die gerade in Anlehnung an die Wirklichkeit den Weg der Aufrichtigkeit findet. Wir zweifeln jedoch sehr, daß das Studium Towiańskis und eine ähnliche Beschäftigung **der durch ihre Phantastik und Unrealität bekannten Politik Piłsudskis** ihm dazu verhelfen, diese reale Grundlage zu finden. Falsch ist nur die politische Intrige, die auch niemals große politische Ziele anstrebt, sondern nur nebensächliche und — persönliche Zwecke im Auge hat, und diese finden wir leider immer in der Politik Piłsudskis. Der Beschluß des Hauptausschusses, der die Kandidatur Korfantys für ungültig erklärt, kann natürlich nicht anders verstanden werden, als ein Beschluß, der dem beispiellosen Eigenwillen Piłsudskis zur Hand geht. Heute wird er sicherlich wieder versuchen, eine Politik zu führen, wie er sie haben will, d. h. dem Sejm einen neuen Śliwiński aufzwingen, womöglich noch in schlechterer Auflage. Die Tatsache, daß, wie unser Warschauer Berichterstatter meldet, der Name des Herrn Downarowicz genannt worden sein soll, läßt bezüglich seiner Absichten keine Zweifel und gerade mit diesen können sich die Parteien, die Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, nicht einverstanden erklären. Der heutige Beschluß, der Piłsudski die Möglichkeit gibt, noch einmal unverantwortliche Anschläge auf den tatsächlichen Sejmwillen zu wiederholen, kann nicht als wahrer Ausweg aus der Lage angesehen werden.

Im folgenden beschäftigt sich der „Kurjer" wieder einmal mit uns, und zwar ignoriert er vollkommen unsere sachlichen Ausführungen bezüglich der von den nationalistischen Blättern geübten Praxis, das Ergebnis der letzten entscheidenden Abstimmung zu diskreditieren durch Hinweis auf die entscheidende Rolle, die Deutsche und Juden dabei spielten. Er führt nur unseren Schlußsatz an, in dem wir unserer guten Meinung von Piłsudski Ausdruck gaben, und fügt dann von sich aus den Satz: „Wie man sieht, haben die Deutschen tatsächlich zu ihm Vertrauen" mit 4 Ausrufungszeichen dahinter hinzu. In diesem Verhalten des „Kurjer" sehen wir einen Beweis, daß er gegenüber unseren sachlichen Bemerkungen nichts einzuwenden weiß, diese darum totschweigt und sich lediglich auf eine demagogische Bemerkung beschränkt.

Über diese agitatorische Wendung der Rechten äußert sich der Warschauer Sonderberichterstatter der „Danziger Zeitung" vom 29. Juli unter der Überschrift „Der Warschauer Hexenkessel" wie folgt:

Die nationalistische Rechte hat nunmehr auf der ganzen Linie den Schlachtruf ausgegeben, dessen demagogischer Wert gar nicht zu überschätzen ist, denn er rechnet mit den beiden polnischen Erbkrankheiten: dem Deutschenhaß und dem Antisemitismus. Während ihre Presse noch gestern die deutschen und die jüdischen Sejm-Stimmen lediglich als Piłsudskis Helfershelfer dargestellt hatte, heißt es heute darin klipp und klar: Juden und Deutsche gegen das wirkliche Polen. Der Pfarrer Lutosławski erklärt heute in einem ellenlangen Artikel in dem klerikalen „Kurjer Warszawski", Juden und Deutsche haben das Mißtrauensvotum gegen Piłsudski unmöglich gemacht, und Paderewski „Rzeczpospolita" schreibt, daß die Juden und Deutschen Piłsudski die Möglichkeit geben, die polnische Öffentlichkeit weiter zu mißachten.

Wer die hiesigen Verhältnisse kennt, wird sich nicht wundern, daß namentlich die Millionen jüdischer Bürger Polens seit Ausgabe dieses Schlachtrufes mit höchster Beunruhigung der nächsten Zukunft entgegensehen. Ich kann hinzusetzen, daß auch innerhalb der hier weilenden Diplomatie Befürchtungen laut werden, die zu parteipolitischen Zwecken hervorgeholten Waffen könnten zu überaus unerwünschten und schwerwiegenden inneren Kämpfen benutzt werden. Gerade weiteste polnische Volkskreise sind durch die zweimonatige Staatskrise aufs äußerste erregt, und man sollte sich hüten, von klerikaler und politischer Seite, denen ohnehin der einfache, unpolitische Bürger blindlings folgt, eine derartige Brandfackel in die Massen zu schleudern.

Sport und Jagd.

S. C. Vasas—Warta. Im zweiten internationalen Treffen hat sich unsere Meistermannschaft von einer bedeutend besseren Seite gezeigt als seinerzeit gegen die Tschechen, obwohl sie mit einem wohl stärkeren Gegner zu tun hatte, der eine Mannschaft darstellt, deren Spiel sowohl in technischer als auch in taktischer und kombinatorischer Hinsicht auf einem **hohen Niveau** steht. Doch eine Schattenseite des Gegners muß gerügt werden. Zuweilen unfaires Spiel bzw. Ausnutzen der eigenen physischen Stärke und die Neigung zu lamentieren. Solche Momente werfen ein schlechtes Licht auch auf die spielstärkste Mannschaft. So hat denn die ungarische Mannschaft **in dieser Beziehung** bei vielen Posenern keinen guten Eindruck hinterlassen. Was „**Warta**" betrifft, so zeichnete es sich durch **aufopferndes Spiel** aus, ganz besonders am Sonntag. Im Sonnabendspiel unterlag „Warta", wenn auch unbedeutend (3 : 2). Es zeigte aber dem Gegner so die Zähne, daß man mit einiger Sicherheit annehmen konnte, im Sonntagspiel, an dem auch Einbacher teilnahm, „Warta" als Sieger zu sehen. Und wenn auch das Spiel unentschieden auslief (2 : 2), so hat „Warta" doch einen **moralischen** Sieg errungen.

Gehen wir nun zum Verlauf der Spiele über.

Das Sonnabendspiel. Bald nach Beginn des Spiels wird Staliński verletzt und muß auf einige Minuten das Spielfeld verlassen. In der 16. Minute verfehlt Prymka einen Ball von rechts. Bald ist das Leder wieder in der andern Spielhälfte und schon saust ein effektvoller Ball des **Linksaußen** in die rechte obere Ecke. 1 : 0 für die Ungarn. Der Torwächter von „Warta" wird durch diesen ersten überraschenden Erfolg des Gegners etwas deprimiert. In der 18. Minute läßt er einen Ball von rechts aus, und wäre nicht **Olszewski** gewesen, der haarscharf am Pfosten zur Ecke abwehrt, dann hätten die Ungarn schon jetzt das 2. Tor erzielt. Die Verteidigung von „Warta" spielt immer aufgeregter. In der 22. Minute schießt der Halblinke der Ungarn ein schönes **Dreieckstor.** 2 : 0 für die Ungarn. Staliński tritt wieder ein. In der 25. Minute schießt Dabert einen von rechts schön vorgelegten Ball in die Wolken. In der 30. Minute diktiert der Schiedsrichter einen Elfmeterstoß, den **Kosicki** zum 1. Tor verwandelt. Die Hoffnung auf Ausgleich wächst. In der 32. Minute prallt das Leder vom **inneren** Pfosten des „Warta"-Tores ab und fällt ins Spielfeld zurück. Regelrechtes Tor. Es wird weiter gespielt. Proteste der Ungarn. Der Schiedsrichter verläßt sich auf die Linienrichter und das Tor wird **nicht anerkannt.** Die Gäste sind weiter überlegen, erreichen aber bis zur Pause nichts mehr; „Warta" ebenfalls. Nach einigen Minuten erscheinen die Kämpen wieder. Gleich am Anfang fällt das 3. Tor für die Ungarn. Zwei Minuten darauf ertönt brausender Beifall, als **Staliński** durchbricht und zum 2. Tor einsendet. Bald darauf wird Celer vom Platz getragen. Szmyt springt ein. Umstellung der Mannschaft. **Kaczmarek** hat seine Unruhe ganz abgestreift und hält nunmehr ausgezeichnet. Trotz Anstrengungen von beiden Seiten bleibt das Resultat 3 : 2. Schiedsrichter, Herr Seydlitz, zuweilen schwach.

Das Sonntagspiel, das eine sehr zahlreiche Zuschauermenge (die Straßenbahndirektion hatte noch einen Zusatzwagen eingestellt) mit äußerster Spannung verfolgte, verlief interessanter als das Sonnabendspiel. Spannende Momente gab es in Fülle. Das Tempo wieder sehr lebhaft. Bis zur Pause 0 : 0. Prymka im Sturm sagt nicht sehr zu, wird aber in der 2. Halbzeit bedeutend besser. Dabert schwach, ändert sich in der 2. Halbzeit sehr zu seinem Vorteil. Kaczmarek im Tor ohne Tadel. Nach der Pause ungefähr dasselbe Bild. Die Angriffe wechseln ab. In der 8. Minute schießt **Prymka** nach prachtvoller Kombination von links das 1. Tor für seine Farben. 8 Minuten darauf gleicht **Vasas** durch Elfmeterball aus. In der 30. Minute **hält** der Torwächter der Rotblauen **einen Dreimeterschuß** von Staliński, der in die äußerste rechte Ecke berechnet war. Prymka bricht bald darauf gefährlich durch, wird aber bedrängt und schießt zu hoch. Die Enttäuschung wird noch größer, als der Halblinke der Ungarn, Jellinek, kurz hinterher in die rechte Ecke zum 2. Tor einsendet. Doch kurz vor Schluß gleicht **Kosicki** durch Elfmeterstoß aus. 2 : 2. So bleibt es. „Warta" ist schon ganz erschöpft.

Der Schiedsrichter, Herr **Waksman**, stand auf der Höhe seiner Aufgabe. Seine energischen Anordnungen waren sehr am Platze. Von den Gästen gefielen ganz besonders der **Mittelstürmer** Szentmeklossi und der **Torwächter** Nyergas.

Erwähnt sei noch die **ausgezeichnete Kopfballtechnik** der Ungarn.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 31. Juli 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	—,—	Weizenmehl 65 %	34 500—36 500
Roggen (alter)	17 800	Roggenmehl 70 % (inkl. Säcke)	25 000—26 000
" (neuer)	14 000—15 000		
Braugerste	—,—	Weizenkleie	9 400
Hafer	21 500—22 500	Roggenkleie	10 000

Der günstigen Witterung wegen vergrößerten sich die Roggenvorräte; die Preise blieben bei verbesserter Gattung unverändert.

Stimmung: schwächer.

= **Danziger Börse** vom 31. Juli. Polnische Mark 10,20, Dollar 664.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nachmittag entschlief sanft nach langer Krankheit mein lieber Mann, unser liebevoller Vater, Bruder, Schwager und Onkel.

Gustav von Beyme

auf Eichenhorst

im 54. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Anna von Beyme, geb. Forstmann.

Scharbow b. Hagenow (Mecklbg.), 27. Juli 1922.

Die Beisetzung auf dem Kirchhof zu Gettorf fand am Montag, dem 31. Juli, nachmittags 2 Uhr 45 Minuten statt. [8280

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, meinen lieben Mann, unseren treusorgenden Vater, Bruder und Schwager, den

Fleischermeister

Carl Franke

nach langem, schwerem Leiden im 48. Lebensjahre zu sich zu nehmen.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Maria Franke, geb. Trojanowski.

Zbąszyń, den 29. Juli 1922.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 2. August, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause, Marszalkowska 53, aus statt. [8285

Nach kurzem, schwerem Leiden nahm Gott unseren lieben kleinen

Peter

im Alter von 11 Monaten wieder zu sich. [8261

Sliwno, den 28. Juli 1922.

Hermann Hagena und Frau

Annemarie, geb. Paasche.



Statt besonderer Anzeige.

Am 30. Juli, vormittags 6 Uhr entschlief nach kurzem Krankenlager, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Gemeindevorsteher

Boleslaw Kaminski

im Alter von 56 Jahren und 9 Monaten.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Pawlowice, den 1. August 1922.

Die Beerdigung findet vom Trauerhause in Pawlowice aus am Mittwoch, dem 2. August, vormittags 10½ Uhr statt. [8286

Große freiwill. Auktion.

findet am **Donnerstag, dem 3. August, vorm. 10 Uhr im Gasthause in Morasko, Kr. Posen-Ost.** statt.

Zum **Verkauf** gelangen: **sämtliches totes und lebendes Inventar von 2 Ansiedlungen,** sowie **eine komplette Gastwirtseinrichtung und Möbel.** [8291

Niederlage von Grabumfassungen

in Duschniki (früher **Duschnik**)

bei **Otto Koch.**

Solche können zu mäßigen Preisen dort abgeholt werden. — Bestellungen auf Grabsteine nimmt dieser auch entgegen. [8288

S. Drucker, Bildhauer,

Międzychód (früh. **Birnbaum.**)

Ankäufe u. Verkäufe

Zahle höchste Preise für alte Garderobe, Pelze, Wäsche, Schuhe, ärztliche Instrumente, Zahngebisse, Bruchbänder, Brillen, Möbel, Bücher und sämtliche altertümliche Gegenstände.

Kallmannsohn

św. Marcin 34.

Bibliothek über 500 Bände

wissenschaftl. und literarisch. Inhalts zu verkaufen. Anfrag. an **Lehrer Utecht, Buczek p. Rychtal, pow. Kępno.**

Salon,

Mahagoni, erstkl., wegzugsh. zu verkaufen. Angebote unter 8278 an die Geschäftsstelle dies. Bl.

Schlafzimmer,

kompl., hell Eiche, gut erhalten, **zu kaufen gesucht.** [8254

J. Wichmann,

St. Lazarus, ul. Głogowska (Glogauerstr.) 52.

Auswanderer.

Vornehme komplett ausgestatt. **4–8-Zimm.-Wohnung** möglichst Zentrum, sucht zu kaufen. Offerten unter Nr. 8296 an die Geschäftsstelle d. Blattes unter Berücksichtig. einer Frist bis zum 10. 8. d. Js.

Kaufe

Rittergut oder Großgrundbesitz

in Bayern, Sachsen, Schlesien, Oberschlesien oder Deutschlands abgetretenen Gebiete. Angebote mit Näherem an

A. Schewitz, Prag II 924. [8287

Pappdächer ∴ Teerungen

— bei Garantieübernahme — sowie sämtliche Dachreparaturarbeiten

Steinkohlenteer, Klebemasse, Dachpappe, Pappnägel u. Teerbürsten zu Fabrikpreisen.

Baumeister **K. Günther,** Poznań, Towarowa 21. Tel. 2945. Gegr. 1908.

Spezialgeschäft für Pappdächer.

Telegr.-Adr.: Teerguenther-Poznań. 574

Frühkartoffeln

Lupinen, gelbe und blaue, sowie sämtl. **Kleesaaten,** auch alte, kaufen

Polaczek i Lisiewski

Saaten- und Kartoffel-Großhandlung

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6.

Telegr.-Adr.: Polaczek Lisiewski. Telephon 1650, 5320. [381

Maschinen-, Motoren-, Zylinder- usw.	**Oele**	Kamelhaar-, Baumwoll-, Hanf-	**Treibriemen**
Maschinen-, Wagen-, Heißlager-	**Fette**	Hoch- und Niederdruck-	**Packungen**
Klingerit-, Asbest-, Gummi-	**Platten**	Gummi-, Hanf-, Spiral-	**Schläuche**
Wasserstands-, Reflexions-, Vasen-	**Gläser**		**Draht-Seile**

Tropfölapparate, Staufferbuchsen, Putzwolle usw. offerieren [2099 b

Sander & Brathuhn

Poznań, ulica Seweryna Mielżyńskiego 23 (Bauhütte). Telephon 4019.

Eiserne Reservoire

(Sammelbehälter)

mit 30 000 bis 100 000 kg. Fassungsraum

sofort benötigt.

Offerten unter **„Reservoir 12184"** an Annoncenexpedition „PAR", POZNAŃ, Fr. Ratajczaka 8.

Erstklass. Preßtorf

zu Tagespreisen in großen und kleinen Posten ab Lagerplatz Gostyn gibt ab [8293

Paul Schulz, Gostyn.

Suche für einen sehr reichen Ausländer ein

Landgut

von ca. 800—1200 Morgen, evtl. größer, in der Provinz Poznań, mit guter Bahnverbindung, massiven Gebäuden, schönem Wohnhaus und Garten. — Das Objekt kann voll und mit fremder Valuta bezahlt werden. — Ausführliche Offerten mit genauer Beschreibung u. Angabe des Preises an

Postfach 263, Poznań.

[8305

Dampfdreschmaschine,

Fabrikat Garreth Smith, Trommell. 150, neu renoviert, mit neuen Ledertreibriemen, gegen Höchstgebot **zu verkaufen. Hoffmann, Drozdzienica,** pow. Tuchola, Stat. Kamien.

Teatr Pałacowy

Während des Umbaues werden unsere Programme im **Kino Colosseum** vorgeführt.

KINO Colosseum

św. Marcin 65.

Vom 31. VII.—6. VIII.

Der

Herz-Eroberer

Herrl. Meisterwerk in 6 Akten, gef. nach den letzten Errungenschaften der Kinotechnik.

Ausserdem: **Feierl. Vereinigung Oberschlesiens m. Polen.**

Beginn der Vorstellungen um $4^1/_4$, $6^1/_2$ und $8^1/_4$ Uhr.

Junger Molkereiverwalter wünscht mit edeldenkender, häuslicher Dame in Verkehr zu treten, zwecks evtl. **Heirat.** Gute Aussteuer erwünscht. Off. mit Bild, welches zurückgesandt wird, unter **„Trautes Heim" 8279** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. Annonym zwecklos.

Neu eingetroffen:

Spannende Lektüre,

Ullstein-Bücher,

Musik für Alle,

Modenhefte,

Das Jumper-Buch.

E. Dansmann,

Gwarna 16

und Eckladen im Alten Rathaus.

Möbl. Zimmer m. Beköst. f. **led.** Handwerk. (40 J.) b. alleinst. Frau od. Witwe. Spät. **Heirat** n. ausgeschl. Off. unt. Nr. 8297 an d. Gesch. d. Bl.

Möbl. Zimmer

möglichst Anfang Jersitz, von solidem Herrn gesucht.

Offerten unter **8301** an die Geschäftsstelle des Blattes.

Suche Anschluß an prima Tennisgesellschaft, welche Platz zur Verf. hat. Offerten unter 8304 an die Geschäftsstelle dies. Bl.

Wohnungstausch! **Duisburg-Beeck—Poznań.**

2 Zimmer und Küche (schöne Wohnung) tauscht mit ebensolcher oder größerer in **Poznań** per sofort oder später. — Evtl. Arbeitsgelegenheit als Maschinist im Thyssenschen Werke. Anfr. bei **Gruchot,** Sw. Wojciech 1. I.

Privat-Handelsschule

Neue Kurse. [8267

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Schecklehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch, Polnisch, Esperanto usw.

Sprechzeit des Schulleiters, **Poznań, ul. św. Wojciech 29,** von 2—3 und ausnahmsweise von 7—8 Uhr.

— — — Schulhaus im Zentrum der Stadt. — — —

Der Violin-Unterricht

hat wieder begonnen.

Bernhard Ehrenberg, Konzertmeister, ulica Dąbrowskiego 26 I. [8300

Der neue polnische

Post - Tarif

auf Karton und mit Oese versehen.

Preis Mark 20,—,

zu beziehen durch die

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

Harder'sche

Kartoffel-Ausgraber

Kartoffel-, Rüben- | Gabeln

offeriert [8146

Woldemar Günter

Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel, Fette und Oele,

Poznań, ulica Sew. Mielżyńskiego Nr. 6 (früher Viktoriastraße.) — **Telephon 52-25.**

Der polnische Staatshaushaltsplan für 1922

Von Privatdozent Dr. Lembke-Danzig.

I.

Man muß es dem ehemaligen polnischen Finanzminister Dr. Michalski lassen, daß er bemüht gewesen ist, Klarheit in die verwickelten polnischen Finanzen zu bringen. So hat er trotz aller innerpolitischen Gegenwirkungen ganze Ministerien aufgehoben und vermindert; 14 500 Beamte sind entlassen worden, außerdem 10 000 Eisenbahnstellen nicht mehr besetzt.

Französische Blätter haben seinerzeit die Entdeckung gemacht, daß Deutschland die geringsten Steuern hat; sie rechneten nämlich die Durchschnittsbelastung auf Gold um, ohne zu bedenken, das heißt bedenken zu wollen, daß man dann auch das deutsche Durchschnittseinkommen entsprechend zu korrigieren hat, und daß gerade auch hier die Relativität entscheidet. Den gleichen Fehler begehen jetzt englische Blätter, wenn sie darauf hinweisen, daß die in Polens Etat eingesetzten Ausgaben noch lange nicht die Summe von 40 Millionen Pfund erreichen; denn die Einnahmen bleiben selbst hinter dieser Zahl zurück.

Polen kann den Etat nicht balancieren. Es rechnet mit 592 Milliarden Polenmark Ausgaben, denen nur 459 Milliarden Einnahmen gegenüberstehen. Etwa ein Viertel der tatsächlichen Einnahmen wäre also nach jeder Balancierung des Etats notwendig. Freilich betreffen von den 133 Milliarden Defizit ungefähr 112 einmalige Ausgaben, die als werbende Anlagen anzusehen sind; daß man aber vorsichtig sein muß bei der Einschätzung solcher Werte, zeigt die Auch-Unterbilanz der polnischen Eisenbahnen, für die das meiste Geld aufgewendet werden soll; von den Neuanlagen entfallen nur 21 Milliarden auf die Beschaffung neuer Wagen, die zu zwei Drittel in Polen zu geschehen hat. Das letzte Drittel dürfte den amerikanischen Baldwin Locomotive Works zufallen, die ein höchst reges Interesse für Polen beweisen.

II.

Mit 171 Milliarden Ausgaben bei 108 Milliarden Einnahmen, relativ 29 Proz. gegen 24 Proz., steht die **Eisenbahn** an der Spitze der Ausgaben, unter welchen für sie insgesamt 62 Milliarden zu Neuanschaffungen ausgeworfen sind. Das **Heer** ist demgegenüber zurückgetreten; 1920 war es noch mit 50 Proz., 1921 mit 30 Proz. an den Ausgaben beteiligt; für 1922 sind nur noch 26 Proz. vorgesehen; 153 Milliarden im ganzen, denen sogar 11 Milliarden eigene Einnahmen gegenüberstehen. Das polnische Heer soll nach den amtlichen Angaben nur noch 250 000 Mann zählen.

Als drittgrößte Ausgabestelle erscheint das **Finanzministerium**. Es sieht für 1922 etwas über 86 Milliarden Ausgaben vor; das sind 15 Proz. der Gesamtausgaben. Auf der anderen Seite hat es mit 270 Milliarden die größte Einnahme, 50 Proz. der Gesamteinnahmen. Vom Steueraufkommen entfallen 16 Proz. auf direkte, 44 Proz. auf indirekte Steuern und 18 Proz. auf Zölle. Der Zolltarif, der nunmehr leider auch für Danzig gilt, die Auswirkung dieses Umstandes macht eine Sonderdarstellung notwendig, steht im Zeichen des krassesten Merkantilismus und wird sich in seiner gegenwärtigen Form nicht halten können; es ist also die Frage, ob die veranschlagten rund 50 Milliarden Zolleinnahmen eingehen werden.

Das **Unterrichtsministerium** nimmt die nächste Stelle in der Ausgabenseite ein; diese belaufen sich mit 49 Milliarden auf 8,3 Proz. der Ausgaben. Die Einnahmen mit nur 500 Millionen machen eins von Tausend aller aus. Von den Ausgaben sind 65 Proz. für die Einrichtung und Ausstattung neuer Volksschulen bestimmt. Dem Unterrichtsministerium unterstehen auch die Religionsangelegenheiten, und es werden zum Beispiel die russisch-katholischen Kirchen vom Staat wenigstens teilweise unterstützt. Mit dem Unterrichts- oder vielleicht besser **Kultus**ministerium ist ferner in letzter Zeit ein anderes Ministerium verschmolzen worden, das im Etat noch selbständig erscheint: das Ministerium für Kunst und Kultur. Es ist mit 0,6 vom Tausend an den Ausgaben und noch nicht einem Zehntel selbst dieses Anteils an den Einnahmen beteiligt. Ausgaben 336 Millionen, Einnahmen 25,6 Millionen.

Immerhin gibt es ein Ministerium, das noch unter diesem Ministerium an Finanzbedeutung steht. Es ist das gleichfalls aufgelöste Ministerium des ehemals preußischen **Teilgebiets**, dessen Aufgaben anderen Ministerien je nach ihrem Fachcharakter zugewiesen wird. Ausgaben 240 Millionen, Einnahmen 8,5 Millionen.

Eine wider Erwarten geringe Rolle spielt in dem polnischen Haushaltsplan die **Post**. Deren Einnahmen sind auf nur 14,4 Milliarden, gleich 3 Proz., und ihre Ausgaben auf 15,5 Milliarden, gleich 2,6 Proz., veranschlagt. Man sieht also auch hier die Staatsbetriebe als Schmerzenskinder der Volkswirtschaft. Neuanschaffungen sind bei der Post auch längst nicht in dem Maße vorgesehen wie bei der Eisenbahn.

Das **Landwirtschaftsministerium** zeichnet sich dadurch aus, daß es nach dem Finanzministerium und dem Handelsministerium den verhältnismäßig stärksten Überschuß bringt. Mit 28 Milliarden Einnahmen bei nur 15 Milliarden Ausgaben schneidet es um so günstiger ab, als es in seinem Passivteil zum Beispiel auch die Kosten der neu zu errichtenden landwirtschaftlichen Fachabteilungen an den Hochschulen zu tragen hat. Auf der anderen Seite muß gesagt werden, daß der Raubbau — der Holzverkauf aus den staatlichen Waldungen soll 26 Milliarden einbringen! — in den polnischen Wäldern einmal eine Gefahr für das Land wird, der die vorgenommenen Neuaufforstungen vielleicht nicht mehr rechtzeitig begegnen können.

Das Ministerium des **Innern** zeigt eine Ausgabenseite von 30 Milliarden, eine Einnahmenseite von 6 Milliarden Polenmark auf. Unter den Ausgaben erscheinen auch die für eine Schutzpolizei von fast 40 000 Köpfen.

Das **Auswärtige Amt** der Polen gibt 12 Milliarden aus und nimmt 3,5 Milliarden ein. Unter den letzteren figurieren die überall so beliebten Paßgebühren; unter den Ausgaben stehen die Unkosten von dreiviertel Hundert Konsulaten. Etwa mit einer gleichen Ausgabenhöhe erscheint das **Justizministerium**; den betreffenden 10,5 Milliarden stehen nur 1,2 Milliarden eigene Einnahmen gegenüber, trotz der hohen Gerichtsgebühren.

Dagegen gehört das **Handels- und Industrieministerium** wieder zu den Überschußbehörden. Mit 7,6 Milliarden Einnahmen und nur 3,3 Milliarden Ausgaben steht es verhältnismäßig sogar an der zweitgünstigsten Stelle hinter dem Landwirtschaftsministerium; bringt doch die Ausbeutung der staatlichen Salzwerke allein 3 Milliarden ein.

Das Ministerium der **öffentlichen Arbeiten** weist zwar 24 Milliarden Ausgaben, das sind 4 Proz. der gesamten, auf. Die Hälfte der Ausgaben ist aber für den Aufbau der durch den Krieg (insbesondere den mit Sowjet-Rußland) mitgenommenen Gebiete bestimmt. Daß dieses Ministerium ein reines Zuschußministerium ist, zeigt seine Einnahmenseite mit 1,8 Milliarden. Ihm angeschlossen, wenn auch im Etat selbständig, ist die Zentralbehörde für Landverteilung, die im Sinne einer gründlichen Verdrängung des angesessenen deutschen Grundbesitzes arbeitet und immerhin ebenfalls 1,8 Milliarden Einnahmen bei 3 Milliarden Ausgaben aufweist.

An Sozialministerien unterhält Polen zwei: eins für **öffentliches Gesundheitswesen**, das andere für **Arbeit und sozialen Schutz**. Das erstere gibt aus 7 Milliarden, nimmt ein 2 Milliarden; das andere 8 Milliarden bzw. 1,27 Milliarden.

Das **Staatsoberhaupt** und sein Bureau sind eingesetzt mit 65,7 Millionen (also nicht etwa Milliarden!) Ausgaben, keinerlei Einnahmen. Das **Ministerpräsidium** hat den rund 2 Milliarden Ausgaben gegenüber immerhin 707 Millionen Einnahmen. Selbst das Parlament mit 493 Millionen Ausgaben erwartet 7 Millionen Einnahmen. Dagegen rechnet das polnische Kontrollamt, das übrigens dem Parlament und keinem Minister untersteht, auf keine Einnahmen und erfordert 706 Millionen Ausgaben.

Der Rest in Einnahme und Ausgabe, der bei Aufrechnung gegenüber den genannten Gesamtzahlen übrig bleibt, bezieht sich auf ein Zentralliquidationsamt; es sind dies 669 Millionen Ausgaben bei 564 Millionen Einnahmen. Das Defizit, das schon nachgewiesen wurde, ist in Polen **verhältnismäßig** kleiner als im Deutschen Reich, in Österreich und selbst kleiner als in den Etats von Frankreich, Italien, Belgien, der Schweiz und der Tschechoslowakei.

III.

Die Schwierigkeiten einer Etatsaufstellung liegen für Polen in der Unmöglichkeit einer Kalkulation mit festen Währungswerten. Der Erhöhung der Löhne, Gehälter und anderen Unkosten folgt hier wie anderswo nicht automatisch ausgleichend eine Erhöhung des Steueraufkommens. Das polnische Steuerwesen ist freilich recht ausgebildet, leidet aber unter einer gewissen Verschiedenheit, ob russisches, preußisches oder sonstiges Teilgebiet. Die Nachahmung des deutschen Reichsnotopfers hat in der Form der Danina nicht die gewünschte Besserung gebracht. (Danina — Gesetz vom 16. Dezember 1921; siehe Dziennik Ustaw (Gesetzblatt) vom 7. Januar 1922 Nr. 1 —. Im Dziennik Ustaw siehe auch die anderen Steuergesetze vom 6. Juni 1920, 16. Juli 1920 usw.) Dafür sind aber andere regelmäßig wiederkehrende Steuern vereinheitlicht und neu bestimmt worden. Die Frage der Gesundung der polnischen Finanzverhältnisse hängt aber so sehr auch vom **Banknotenumlauf** und den **Auslandskrediten** ab, daß über diese noch etwas zu sagen ist.

IV.

Der Banknotenumlauf betrug am 31. Dezember 1921 genau 221 Milliarden Mark. Die äußere Staatsschuld aber machte das Vierfache dieser Summe aus; beteiligt sind die Vereinigten Staaten mit 65 Proz., Frankreich mit 22 Proz., England mit nur 7 Proz., Italien mit 3 Proz., Holland mit 2 Proz. Im Jahre 1921 betrug die Rückzahlung solcher Auslandskredite immerhin fast drei Viertel der neu aufgenommenen.

In dem geringen Anteil Englands wird freilich jetzt eine Verschiebung eintreten. Die P. K. K. P. (Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa — Polnische Staatsanleihenkasse) hat bei einer englischen Bankgruppe unter Führung der Bank von England vier Millionen Pfund aufgenommen; das sind etwa 70 Milliarden polnische Mark. Wie die „Times" hierzu schrieben (24. März), belebt sich das Vertrauen auf Polens Zukunft wieder. Freilich mag bei diesem englischen Entgegenkommen mehr die Sorge um Einfluß in Polen als irgend welche Hinneigung mitgesprochen haben; gerade der starke Einfluß des Dollars mußte England stutzig machen, einerseits mit Rücksicht auf Polens östlichen Nachbar und andererseits die Auswertung des polnischen Petroleums. (Hier dürfte der Gegensatz zwischen Amerika und England nicht mit auf holländischem Gebiet liegen, sondern vor allem auch durch die **Bedürfnisse der auf Ölfeuerung eingerichteten englischen Flotte** tiefer gegründet sein, als nach außen in Erscheinung tritt.) Während also die militärische Freundschaft Frankreichs **nicht** auf das Finanzgebiet übergreift, wird wohl Polen vorläufig in England **aus diesen Gründen** mehr Unterstützung finden, als unsere sich ganz zurückhaltenden deutschen Kreise annehmen. Neuerdings scheint freilich etwas mehr Interesse getätigt zu werden.

V.

Der Gesamteindruck, den nun dieser erste polnische Etat unter solchen Umständen hinterläßt, ist nicht ungünstig. Überhaupt muß man, ohne den sicherlich auch noch schweren **inner**politischen Krisen entgegensehenden Polenstaat zu überschätzen, sich vor einer Unterschätzung hüten. Auf Polen lastet nicht dieser ungeheuerliche Druck wie etwa auf dem Deutschen Reich. Und es ist auch nicht zu leugnen, daß die angezogene Londoner Anleihe Polen besser abschneiden ließ als die valutamäßig viel besser dastehende Tschechei. Die letztere mußte die Zölle verpfänden bei ihrer letzten größeren englischen Anleihe, während Polen Sicherheiten in Polenmark leisten konnte; die Tschechei zahlt 9,5 Prozent im Jahr Zinsen (außer 1 Prozent Amtisation), während Polen mit 6,5 Prozent davongekommen ist und keinerlei Gefälle oder Nationalwerte für sein reines Bankdarlehen verpfändet hat. Das ist doch ein Beweis, daß die Londoner City wenigstens **ihr** Geld wiederzusehen erwartet.

VI.

Endlich sei noch eingegangen auf die Währung als solche, auf die polnische Mark. Am 31. Dezember 1921 war der polnischen Parität nach, die mit unserer deutschen Friedensmark identisch ist, die Summe von 25 Millionen in Gold und 43 Millionen in Silber vorhanden. Für die Einführung einer etwaigen neuen, der Zloty-(Gulden-)Währung sind alle Maßnahmen schon getroffen; soweit, daß ein Posten Zloty schon gestohlen werden konnte. Es ist aber zwecklos, über den Zeitpunkt zu rätseln. Bei Aufstellung des Etats repräsentierten die 10 Tonnen Gold und 240 Tonnen Silber einen Wert von fast 50 Milliarden Polenmark; diese tatsächliche Golddeckung wirkt aber nicht in einem zu erwartenden Sinne einer Kursbesserung. Eine solche liegt tatsächlich vor, veranlaßt vielleicht durch Nachfrage Danzigs, das mit der Reichswährung im polnischen Wirtschaftsgebiet liegt. Hervorgehoben sei endlich noch, daß polnische Kreise immer noch ernsthaft auf den Eingang von 20 Millionen österreichischer Goldkronen als Anteil am Habsburger Erbe und auf 30 Millionen Goldrubel als gestundete sowjetrussische Kriegsentschädigung rechnen. (Der Osten.)

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 31. Juli.

Posener Hauptverein der Gustav Adolf-Stiftung.

Der Posener Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung hält seine diesjährige Tagung am 21. und 22. August in **Rawitsch** ab, die mit vorbereitenden Gottesdiensten im Kirchkreise am Sonntag, dem 20. August, eingeleitet werden wird. Im übrigen ist die Tagesordnung folgendermaßen in Aussicht genommen:

Montag, den 21. August: 11¼ Uhr vormittags: **Kindergottesdienst**. Superintendent **Steffani**-Jarotschin. 3 Uhr nachmittags: **Besichtigungen**. 5 Uhr nachmittags: **Festgottesdienst**. Generalsuperintendent D. **Blau**. 8 Uhr abends: **Gemeindeabend** in der Kirche. Redner: Superintendent **Aßmann**-Bromberg, Pfarrer **Schwandt**-Osterbitz. **Dienstag**, den 22. August: 8 Uhr vormittags: **Besichtigungen**. 9½ Uhr vormittags: **Hauptversammlung** der Abgeordneten (Begrüßung — Jahresbericht — Kassenbericht — Großes Liebeswerk — Wahlen — Verschiedenes).

Anmeldungen wegen Quartier in Rawitsch an Oberpfarrer **Student** in Rawitsch erbeten, etwaige Wünsche wegen Zwischenquartier in Posen an Konsistorialobersekretär **Kothe** in Posen (Konsistorium).

Das Bahnprojekt Rosenberg—Guttentag.

Für den Bau einer Bahn von Rosenberg nach Guttentag wirkt ein Ausschuß aus Orten der zu durchschneidenden Gegend. An seiner Spitze steht der Mitbesitzer der Rosenberger Großmühle, Bruno **Jung** in Breslau.

Die Strecke kann westlich oder östlich der Chaussee ausgesteckt werden, die mit geringem Knick bei der Kolonie Neu-Wachow fast gradlinig zwischen den beiden Städten verläuft, ohne ein Dorf zu berühren. Bei der Wahl der Weststrecke würde die Ausbiegung gegenüber der Chaussee und damit die Länge des Schienenweges

Spenglerfieber.

(Die deutsche Krankheit.)

(Nachdruck verboten.)

Ein Jahrhundert ist kaum durch die Zeit gegangen, seitdem Goethe die „Leiden des jungen Werther" schrieb. Und jedmänniglich, Jüngling wie Backfisch und selbst die Frau im gefährlichen Alter, etwas mehr noch als „la femme de trente ans" ließen sich von dem Buche gefangen nehmen. Jede Liebe löste die Leiden des jungen Werther aus. Ob die Selbstmordkurve stieg, weiß ich nicht, aber das Wertherfieber grassierte wie die Pest im Mittelalter, wie die Grippe in den letzten Jahren.

So mitleidig sprachen in den Literaturstunden die Germanisten und Deutschlehrer von diesem Fieber — und blitzten aus den kurzsichtigen Augen so mutig durch die Gläser der goldenen Brille, so mutig — so etwas könnte in unserer Zeit nicht passieren, sagten sie.

Doch wir? Wir, das gegenwärtige mutige Geschlecht, wir berauschen uns an Spengler. Lassen uns von seinen Gedanken gefangen nehmen, lassen uns fesseln, lassen uns überwältigen, lassen uns in den Zauberbann Spenglers zwingen. Wir kranken an Spenglerfieber. Das ist die deutsche Krankheit, gegen die kein Lebertran hilft, wie gegen die englische.

Er hat nicht gewollt, aber er hat bewirkt. Seine Zeit gab seinem Werk den günstigsten Boden! Und andererseits, wer beugte sich nicht willig vor der blendenden, faszinierenden Synthese alles Weltengeschehens, das dieser deutsche Geist darstellte. Es blendet und ist doch geistvoll und tief. Die Fachgelehrten möchten das gerne verneinen. Wie stets: Wo Könige bauen, gibt's zu karren! Selbst das kann nutzbringend sein.

Wir beugen uns und lassen uns fesseln von diesen Gedanken, — aber wir müssen sie abschütteln — selbst wenn es die absolute Wahrheit wäre, die Botschaft vom Untergang des Abendlandes. Und das ist das Gefährliche bei Spengler: er hat nicht nur die Jünglinge und Backfische, er bezwang auch die Männer.

Gesunde, tatkräftige und sonst willensstarke Männer, die an der Front Hölle und Teufel standhielten, vier Jahre lang, kranken plötzlich an Spengler. Sie wollen plötzlich sterben, wenn möglich in Schönheit sterben, wie Hedda Gabler auf der Bühne. Ein Mann sein und doch sein wie Hedda Gabler, diese etwas hysterische und unbefriedigte Frau, das ist ein Bild, das an den Ausspruch der Königin Elisabeth mahnt, wenn sie sagt: so viel Männer und kein Mann. Ein Mann sein und auf den Untergang des Abendlandes zu warten, um in Schönheit zu sterben! Die Männer aller anderen Völker können sich solche Träume erlauben, aber die deutschen, wir deutsche Männer dürfen das jetzt nicht.

Die Kenntnis der Psychologie der Masse ist heute der Schlüssel zum Verständnis vieler Erscheinungen. Die Stellung zu Werken dieser Welt oder eine himmlischen Welt bewirken das Schaffen jedes Menschen. Sind ihm diese Werte wertlos geworden, dann ist ihm alles gleich. Sein Gott wird sein Bauch, sein Gottesdienst ewig neuverlangender, in Begierde schmachtender Sinnengenuß.

Nun wohl, es sei! Im Sinne Baudelaires! „Berauschet Euch. Das ist alles: die einzige Lösung. Um nicht das furchtbare Joch der Zeit zu fühlen, das Eure Schultern zerbricht und Euch zur Erde beugt, müsset Ihr Euch berauschen, zügellos."

Nun wohl, es sei! Einmal auch das!

Doch im ganzen und um des Ganzen willen sei es anders!

Berauscht Euch, deutsche Volksgenossen! Berauscht Euch an Spengler aber überwindet ihn. Doch berauscht Euch viel mehr und letzten Endes an der Pflicht. An der Pflicht, die mit Eurer deutschen Vergangenheit auf Euch lastet. Ihr habt keine Zeit, auf den Untergang des Abendlandes zu warten. Helft seine Trümmer selbst zerschlagen, so es sein muß, mit der Macht des Geistes. Aber baut es wieder auf. Baut es wieder auf, schöner und heller und lebenspendender als es war das alte Europa.

Spengler schrieb ihm eine so gewaltige Leichenrede, ehe es tot ist, daß man es tot machen möchte, da es noch leben will. Und selbst wenn es todgeweiht wäre, das Museum Europa, wie die jungen Amerikaner sagen, so dürfte es uns nicht stören, uns Deutsche! Denn es darf nicht geschehen, daß Deutsche, daß deutsches Volkstum willenlos und tatenlos sterben. Der Deutsche darf sterben, aber er darf sich nicht ergeben, auch dem Schicksal nicht. Impavidum ferient ruinae! Das sei unser Wort!

Deshalb, um nicht „die gequälten Sklaven der Zeit zu sein", müssen wir uns zu Herren machen. Herr wird man, wenn man wie die Engländer das „Ich" groß schreibt. Groß schreiben darf man es aber nur auf Grund seiner Arbeit oder Leistung. Das Größte aber ist es, wenn die andern uns das Ich groß schreiben, groß schreiben dem, der sein Ich vergaß bei der Arbeit für sein Volkstum für das Ganze.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Eine Nachprüfung der Einsteinschen Relavitätstheorie** soll gelegentlich der am 20. September d. Js. stattfindenden Sonnenfinsternis vorgenommen werden. Auf Java tritt diese als totale Sonnenfinsternis in Erscheinung, und deshalb ist nach der bei Java gelegenen **Weihnachtsinsel** (nicht zu verwechseln mit der Insel gleichen Namens im Stillen Ozean) eine von der Internationalen Astronomischen Gesellschaft ausgerüstete, aus Deutschen und Holländern zusammengesetzte Expedition abgegangen, um astronomische Beobachtungen und photographische Aufnahmen zu machen. Die deutschen Teilnehmer sind Dr. **Freundlich**, Hauptobservator der Potsdamer Sternwarte, Dr. **Hopmann** aus Bonn und Prof. **Kopf** aus Heidelberg. Es handelt sich um die Prüfung der einen zur allgemeinen Relativitätstheorie gehörenden Behauptung, daß **das Licht eine Schwere habe und sich wie eine Masse verhalte**, daher also von dem Schwerefeld eines Körper, an dem es vorbeistrahlt, beeinflußt und von seiner ursprünglichen Bahn abgelenkt werde. Da diese Ablenkung für unsere Beobachtungsmittel ganz minimal ist, können entsprechende Beobachtungen nur an einem sehr großen Himmelskörper, und wenn er völlig verdunkelt ist, angestellt werden; deshalb bietet eine totale Sonnenfinsternis die einzige Möglichkeit, um festzustellen, ob tatsächlich das Sternenlicht, das hart an der Sonne vorbei geht, in gekrümmter Bahn zu uns gelangt, worauf zu schließen wäre, wenn die betreffenden Sterne dem Beobachter nach außen hin verschoben erscheinen. Dies wiederum wird festgestellt durch Vergleich der bei der Sonnenfinsternis gemachten Aufnahmen mit Aufnahmen, die vorher und nachher ohne die Sonne gemacht sind. Außer der deutsch-holländischen Expedition wird auf derselben Insel eine englische Expedition beobachten, und weitere Beobachtungen zur Prüfung der Einstein-Theorie werden von Amerikanern und Australiern von australischen Sternwarten aus angestellt werden.

Bunte Zeitung.

○ **Dreieinviertel Milliarden Erfindertantiemen.** Der Oberste Bundesgerichtshof der Vereinigten Staaten hat in letzter Instanz das Urteil in einem Prozeß gefällt, den Georges T. Rogers gegen die Texas Company angestrengt hatte. Rogers hatte seinerzeit eine Erfindung mitfinanziert, die ein gewisser Adams gemacht hatte. Die Erfindung bestand in einem neuen Verfahren zur Dekarbonisation von Petroleum und zur Gewinnung von Gasolin aus Rohöl. Diese Erfindung verkaufte Adams an die Texas-Company, ohne die Interessen Rogers weiter zu berücksichtigen. Der Oberste Gerichtshof hat nun entschieden, daß Rogers auf 40 Prozent der für die Ausbeutung der Erfindung empfangenen Tantiemen Anspruch hat. Da die Erfindung von zahlreichen Petroleumgesellschaften mit viel Erfolg in Anwendung gebracht und teuer bezahlt wird, so beläuft sich der Betrag der bisher fällig gewordenen Tantiemen auf 20 Millionen Dollar. Rogers empfängt also auf Grund der richterlichen Entscheidung jetzt acht Millionen Dollar, ein Sümmchen, das die Mühe und die Kosten eines langwierigen Prozesses verlohnt.

eine Vergrößerung erfahren. Sie hätte zwar den Vorteil, daß die Walddörflein Wachowitz, Wachow, Oschiezko, Poscholka und Warlow berührt werden, deren Seelenzahl kaum 2000 erreicht, aber die östliche Linie verdient wohl doch den Vorzug, sie würde von der graden weniger abweichen und darum mit einer etwas geringeren Länge auskommen, verheißt auch regere Benutzung. Den Rosenberger Stadtforst, den Schoreischützer Forst, den Frei-Kadluber Wald und den Guttentager Forst würde sie schneiden und auf der mittleren Hälfte ihres Laufes ununterbrochen durch Wald gehen. Dessen Anfang und Ende wären die gegebenen Punkte für die Lage der Haltestellen. In der Nähe der nördlichen liegt die Rosenberger Stadtziegelei sowie das 700 Seelen zählende Bauerndorf Wyssoka. Aber auch Wachowitz und Wachow wären nahe; in den Kreis der südlichen Haltestelle würden Rzendowitz, Bziunkau, Warlow mit Malchow sowie Poscholkau fallen. Für die Holzfrachten wären beide Bahnhöfe leicht erreichbar. Südlich von Guttentag würde die geplante Oststrecke in die bereits bestehende Privatbahn Guttentag—Bossowska der Firma Lenz u. Co. einmünden. Der Bau würde höchstens 18 Kilometer lang werden und bedeutende Terrainschwierigkeiten nicht zu überwinden haben.

× Zwei Stadtverordnetensitzungen, und zwar voraussichtlich die letzten vor den Ferien, finden morgen, **Dienstag**, und übermorgen, **Mittwoch**, abends 6 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen außer dem **Stadthaushaltsplan** u. a. die Bewilligung einer einmaligen Beihilfe in Höhe des Wochenlohnes für jede Arbeiterkategorie, Erhöhung der Ausgleichszulage von 50 auf 70 v. H. und der Teuerungszulage von 60 auf 80 v. H. und Erhöhung der Entschädigung für den Protokollführer der Stadtverordnetenversammlung.

× Erledigte evangelische Pfarrstellen. Durch Versetzung der bisherigen Inhaber frei geworden sind die Pfarrstellen in **Kirchplatz-Borui** und in **Obersitzko**. Bewerbungen für die erstere an das Evangelische Konsistorium, für die zweite an den Gemeindekirchenrat, z. H. des Superintendenten in Pinne.

× Die Konfirmandenanstalt in Wolfskirch, die evangelischen Konfirmanden in der Diaspora dient, wird am 7. August d. Js. für das kommende Schuljahr eröffnet. Nähere Auskunft erteilt der Leiter der Anstalt, Pastor **Scholz** in Wolfskirch.

× Todesfall. In Scharbow bei Hagenow in Mecklenb. starb nach langer schwerer Krankheit der Rittergutsbesitzer **Gustav von Beyme** auf Eichenhorst im 54. Lebensjahre, nur wenige Tage nach dem Ableben seiner hochbetagten Mutter. Der Entschlafene gehörte bis zu seiner Abwanderung zu den angesehensten Großgrundbesitzern der ehemaligen Provinz Posen, dessen Name in den Kreisen der Posener Landwirtschaft einen guten Klang hatte. Zum „Posener Tageblatt“ stand er seit langen Jahren in den innigsten Beziehungen, indem er auch dem Aufsichtsrat der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt A.-G. angehörte. Seine Beisetzung hat heute nachmittag 2¾ Uhr auf dem Friedhofe in Gettorf, Provinz Schleswig-Holstein, neben seiner Mutter stattgefunden. Sein Andenken wird in weiten Kreisen über das Grab hinaus in Ehren gehalten werden.

Die Historische Gesellschaft für Posen, die infolge der veränderten Verhältnisse ihre Tätigkeit eine Zeitlang beschränken mußte, hat ihre **Veröffentlichungen** wieder aufgenommen. Das vorliegende Heft enthält einen Aufsatz über den Ankauf der Herrschaft Samter durch den preußischen Staat, der geeignet ist, die vielfach verbreiteten irrigen Anschauungen über die Güterankaufstätigkeit des Präsidenten von Flottwell zu berichtigen. Der Aufsatz ist gegenwärtig um so lehrreicher, als er zeigt, daß von der preußischen Regierung der Ankauf polnischer Güter zum Teil als Unterstützung für verschuldete Besitzer durchgeführt wurde. Der 2. Aufsatz über die Krönung König Heinrichs von Krakau 1574, an die sich die bekannte Legende aus der Dissidentengeschichte knüpft, dürfte von allgemeinerem Interesse sein, da er den Bericht eines Augenzeugen über die Vorgänge enthält. Ein 3. Aufsatz behandelt die Schicksale der Stadt Lissa vor 100 Jahren, und ist dadurch bemerkenswert, daß er die vielfältigen Lasten während der damaligen Kriegszeit schildert. Die Historische Gesellschaft wird im laufenden Jahre noch 2 weitere Hefte herausgeben. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 600 M., für den die Hefte den Mitgliedern kostenlos zugehen. Anmeldungen zum Beitritt sind zu richten an die Historische Gesellschaft in Posen, Deutsche Bücherei, ul. Zwierzyniecka 1 (fr. Tiergartenstr.). Zahlungen sind zu leisten auf das Konto der Historischen Gesellschaft bei der Ostbank für Handel und Gewerbe, ul. Masztalerska 8 (fr. Marstallstr.).

Der Zugverkehr auf der Strecke Posen—Lemberg. Auf Anordnung des Eisenbahnministeriums wird die für den 1. August angekündigte Einstellung der Schnellzüge 409/410 auf der Strecke Posen—Kempen—Kattowitz—Krakau—Lemberg widerrufen und der Termin für die Einstellung dieser Züge auf den 10. **August** verschoben. Der Schnellzug 410, der am 31. Juli von Posen nach Lemberg um 8,50 abgehen sollte, geht deshalb nicht ab.

Ueber Geldmangel in Polnisch-Oberschlesien, den man für die Zeit nach der Übergabe an die polnische Regierung vorausgesehen hat, klagen jetzt schon mehrere polnische Blätter. „Goniec Krakowski“ befürchtet bereits ernsthafte wirtschaftliche Erschütterungen für das Land und sucht die Schuld auf die deutschen Banken zu schieben, die ihre Barvorräte herausgezogen und die Auszahlungen eingestellt hätten.

× Unglücksfall oder Verbrechen? Am Sonnabend wurde in der Nähe der Gasanstalt die Leiche eines 36jährigen Mannes aus der Warthe gezogen. Diese wurde inzwischen als diejenige des Handelsmanns Valentin **Zgoła** aus Wilda festgestellt. Die Leiche war noch vollständig bekleidet, so daß man über die Art des Todes zurzeit noch im Zweifel ist.

× Das Opfer einer edlen Tat wurde gestern in **Unterberg** als Leiche auf der Warthe schwimmend wahrgenommen und ans Ufer gebracht. Es handelt sich um den Soldaten Stefan **Gogalski** vom 57. Inf.-Regt., der am vergangenen Sonnabend, als er beim Baden einer in der Gefahr des Ertrinkens schwebenden Dame zu Hilfe eilte, ertrunken war.

× Zu einem bedeutenden Dachstuhlbrande wurde Sonnabend nachmittag kurz vor 3 Uhr die Feuerwehr nach der Grobla 17 (fr. Grabenstraße) gerufen. Die Macht des Feuers war nach etwa einhalbstündiger Tätigkeit der beiden Feuerwehrwachen gebrochen. Der Dachstuhl ist vollständig niedergebrannt, der Schaden mithin sehr beträchtlich.

× Aus dem hiesigen Untersuchungsgefängnis entsprungen ist in der vergangenen Nacht der 32jährige Untersuchungsgefangene Eugen **Lubrański** aus Wilda. Er war vor fünf Monaten von der Kriminalpolizei nach längeren vergeblichen Bemühungen schließlich doch gefaßt worden, nachdem er wegen nicht mehr und nicht weniger als zwölf schwerer Verbrechen, und zwar wegen zweier Raubüberfälle, zweier Sittlichkeitsverbrechen und acht schwerer Einbrüche, verfolgt wurde. Bei ihm wurde ein ganzes wohlassortiertes Waffenarsenal beschlagnahmt. Und das alles geschah kurz vor der Ausführung seines Planes, den polnischen Staub von den Füßen zu schütteln und nach Deutschland abzuwandern. Bei seinem heutigen Ausbruch hat er zweifellos Helfershelfer gehabt, denn er hat seine Kleidung, abgesehen von dem Hemd, zurückgelassen. Da nun aber kaum anzunehmen ist, daß er in dieser dürftigen Kleidung seinen Weg nehmen wird, so muß damit gerechnet werden, daß ihm von anderer Seite andere Kleidung zugänglich gemacht worden ist. Vermutlich wird er versuchen, seinen alten Plan, nach Deutschland zu entkommen, auszuführen.

× Beim Taschendiebstahl überrascht wurde gestern der Arbeiter Stanislaus **Szafrański** aus Lodz, als er einen Herrn um seine silberne Taschenuhr im Werte von 25 000 Mk. zu erleichtern versuchte.

× Beschlagnahmte Diebesbeute. Bei einer Haussuchung wurden verschiedene Sachen, die vermutlich aus Diebstählen herrühren, beschlagnahmt. Noch nicht ermittelt sind die Eigentümer folgender Gegenstände: einer weißen Damastserviette, gez. D. W., zweier Paare langer Damenzwirnhandschuhe, das eine weiß, das andere schwarz, zweier Tischdecken, vier Küchenschürzen, davon zwei gestickt, einer weißen Voilabluse, zweier Kinderkleidchen für ein etwa zehnjähriges Mädchen. Die Sachen können beim 2. Polizeikommissariat in der Wielkie Garbary (fr. Groß. Gerberstr.) besichtigt werden.

× Einbruchsdiebstähle. Aus einer Schlosserwerkstatt in der Grobla 3 (fr. Grabenstraße) wurden verschiedene Werkzeuge und vom Boden des Hauses ul. Szkólna 10 (fr. Schulstraße) mehrere medizinische und chemische Bücher, im Werte von je 100 000 M. durch Einbruch gestohlen.

× Festgenommen wurde unter Diebstahlverdacht der Schlosser Stanislaus W. aus Mierzewo, Kr. Schrimm, der sich im Besitz von 35 Pfd. Telegraphendraht befand, über dessen rechtmäßigen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte.

× Polizeibericht. Festgenommen wurden gestern zwei Personen wegen Diebstahls, zwei wegen Diebstahlverdachts, eine wegen Taschendiebstahls, zwei Personen, die von Fahndungsbehörden gesucht werden, eine Person wegen Bettelns, zwei Dirnen.

*** Karthaus**, 30. Juli. Eine **Kreisobstbaumschule** in **Karthaus** soll zum Zwecke der Belieferung der Kreiseingesessenen mit billigen und guten Obstbäumen angelegt werden. Der Starost ersucht diejenigen Personen, welche die Angelegenheit unterstützen wollen, Obstkerne aller Art vom gesunden und reifen Obst zu sammeln. Die Gemeindevorsteher sollen die gesammelten Obstkerne in Empfang nehmen und im Kreisbauamt abliefern.

Neues vom Tage.

§ Absturz eines deutschen Postflugzeuges. In der Nähe von Boitzenburg an der Elbe ist das Postflugzeug D 150 mit dem Führer und drei Amerikanern als Passagiere abgestürzt. Das Flugzeug wurde total zertrümmert. Alle Insassen sind getötet.

§ Anschlag auf einen französischen Schnellzug. Die Untersuchung über die durch einen verbrecherischen Anschlag verursachte Entgleisung des Schnellzuges Cerbère—Bordeaux hat ergeben, daß der Angriff das Werk spanischer Anarchisten ist, die einem ihrer Genossen helfen wollten, der wegen eines Überfalles vom Präfekten der Ost-Pyrenäen zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

W. S. Gezogen wurde am 1. Juli d. Js. die Miljonówka Nr. 1 357 851.

G. H. in Prz. Wir empfehlen Ihnen, sich in Ihrer Angelegenheit an Herrn Rektor Gutsche in Poznań, ul. Głogowska 70 II/ (fr. Glogauer Straße) zu wenden, der Ihnen gern mit Rat und Tat behilflich sein wird.

A. Schw. hier. 1. Zu der anteiligen Reparaturkostenzahlung ist **gesetzlich** kein Mieter verpflichtet; meistenteils verstehen sich jedoch die Mieter in zwingenden Fällen auf Grund gütlicher Vereinbarung dazu. 2. Das kommt natürlich ebenfalls auf die Verabredung an.

B. in K. Da Sie zur Unterhaltung der Gräben verpflichtet sind, steht Ihnen auch die Grasnutzung bzw. das Hüterecht zu.

H. M. in S. In dieser privaten Vereinsangelegenheit empfehlen wir Ihnen, sich mit dem betr. Verein selbst auseinanderzusetzen.

Verantwortlich: für Politik: J. V. Theodor Kanta; für Kunst, Wissenschaft und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.